

Gelb: Argument für „ist nicht anti-demokratisch (nur weil gezielt Gesetze verletzt werden)“

Grün: Argument für „ist nicht ineffektiv (nur weil viele Leute die Aktionen nicht befürworten)“

Blau: Sonstiges

## Akademische Publikationen

\*Rucht, Dieter (2023). Die Letzte Generation: Beschreibung und Kritik, ipb working series, 1/2023.

[https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2023/04/WP\\_1.2023.pdf](https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2023/04/WP_1.2023.pdf)

Es ist wichtig festzuhalten, dass ziviler Ungehorsam alles andere als regelloser Regelbruch ist (Rucht 1984). Zu seinen Voraussetzungen zählt nach meiner Wahrnehmung (1) ein vorbereitendes gewaltfreies Training, (2) das Agieren in einer überschaubaren Bezugsgruppe, (3) ein defensives und deeskalatives Vorgehen, (4) die Offenlegung der eigenen personalen Identität, (5) die öffentliche und argumentativ gestützte Darlegung der Gründe für das regelverletzende Handeln, (6) die erfolglose Ausschöpfung moderater Mittel der Einflussnahme und (7) die prinzipielle Anerkennung der Gesetzesbindung, die im Allgemeinen auch die Hinnahme rechtsgültiger Sanktionen der Regelverletzung beinhaltet. (12f.)

Ziviler Ungehorsam stößt immer wieder auf grundsätzliche Vorbehalte. Kritiker:innen betrachten ihn als Riss in einem schützenden Damm, welcher qua Gesetzestreue die öffentlichen Ordnung und das friedliche Zusammenleben einer Gesellschaft sichert. Die Ausweitung solcher Risse durch zivilen Ungehorsam, so die Befürchtung, könnte einem Dammbbruch mit der Folge anomischer Verhältnisse zur Folge haben, in denen die Menschen ohne Rücksicht auf andere ihre eigenen Interessen verfolgen. Demgegenüber ist festzuhalten, dass der wohlverstandene und wohl dosierte zivile Ungehorsam vielmehr eine demokratieverträgliche, ja demokratieförderliche Errungenschaft darstellt. [...]Insofern ist ziviler Ungehorsam zwar nicht Voraussetzung von Demokratie, aber doch Indikator demokratischer Reife sowohl auf Seite der politischen Aktivist:innen wie auch der kommentierenden politischen Öffentlichkeit. Die Reife der Letzteren bemisst sich nicht zuletzt daran, ob sie auf zivilen Ungehorsam mit einem mechanischen Abwehrreflex oder aber einer diskursiven Prüfung von Handlungsgründen reagiert. (13)

Ogleich die bisherigen Aktionen des zivilen Ungehorsams von Seiten klimapolitischer Gruppen und speziell der LG in ihrer Gesamtheit keiner eingehenden Analyse unterzogen wurden und dies auch nachträglich kaum zu leisten sein wird, da viele Aktionen unangekündigt erfolgen, spricht doch vieles dafür, dass die LG die oben genannten sieben Bedingungen des wohl- verstandenen zivilen Ungehorsams respektiert und einhält. Das soll hier nur stichwortartig angedeutet werden:

- Neu hinzugestoßene Aktivist:innen werden dazu angehalten, die Aktionsbedingungen der LG anzuerkennen und sich einem vorbereiten Training für gewaltfreies Handeln zu unterziehen. Ob dies in allen Fällen konsequent eingehalten wird, muss vorerst offen bleiben.
- Die meisten der Aktionen erfolgen im Rahmen von kleinen Bezugsgruppen in der Größenordnung von drei bis zehn Personen auf der Grundlage einer internen Absprache und Arbeitsteilung sowie eines gegenseitigen Vertrauens.

- Die Aktivist:innen sind darum bemüht, freundlich, deeskalativ und zugleich bestimmt aufzutreten und die anderen Personen auferlegten Einschränkungen zu begrenzen. Bei Straßenblockaden kleben sich nicht alle Aktivist:innen auf dem Asphalt an, um Rettungsfahrzeugen oder anderen als dringlich eingestuften Transporten den Weg freizumachen. Bei Räumungsaktionen lassen sich Aktivist:innen ohne Gegenwehr wegtragen oder brechen aufgrund des Einwirkens von Seiten der Polizei oder aufgebracht Betroffenen, in der Regel genervten Autofahrer:innen, die Aktion ab.
- Die Aktivist:innen verummummen sich nicht; sie erschweren oder verhindern nicht die Identitätsfeststellung durch die Polizei.
- Die Aktivist:innen der LG werben vor Ort, in Gerichtssälen, in Interviews, Diskussionsveranstaltungen usw. für ihre Sache; sie versuchen ihre Zielsetzung wie auch die Besonderheit ihrer disruptiven Handlungen unter Berufung auf allgemein anerkannte Normen (im Unterschied zum Rekurs auf das persönliche Gewissen) zu begründen. Kernstück ihrer Legitimationsversuche ist der Bezug auf das Gemeinwohl bzw. die Sicherung der Lebensgrundlagen kommender Generationen. Dabei werden wissenschaftliche, politische und juristische Argumente angeführt.
- Die Aktivist:innen verweisen darauf, dass die legalen Wege der politischen Einflussnahme, etwa durch Wahlen, Aufklärungskampagnen und Unterschriftensammlungen, erfolglos ausgeschöpft worden sind. Somit sei ziviler Ungehorsam das einzig verbleibende Mittel, wenn man von der kategorisch ausgeschlossenen Gewalt gegen Sachen und Personen absieht.
- Die Aktivist:innen bekennen sich zu demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen inklusive der prinzipiellen Achtung der Gesetzesbindung. Allerdings werden im konkreten Fall Gesetze im Namen einer höherrangigen Legitimität gebrochen. Die davon unberührte allgemeine Gesetzestreue wird dokumentiert durch die Anerkennung gerichtlicher Verfahren (einschließlich der verfahrensförmigen Anfechtung von Urteilen) bzw. die Hinnahme juristischer Sanktionen. Ausdruck davon sind auch die über 400 Selbstanzeigen, die im Dezember 2022 bei der Staatsanwaltschaft Neuruppin eingereicht wurden, um damit gegen laufende Ermittlungen gegen die LG wegen des Verdachts der „Gründung einer kriminellen Vereinigung“ im Sinne von § 129 StGB zu protestieren. (14f.)

# Interviews

JANNIS GRIMM

\*<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1172697.protestforscher-blockaden-der-letzten-generation-wenn-nicht-so-wie-dann.html>

**Blockaden der Letzten Generation: »Wenn nicht so, wie dann?«**

24.04.2023

Interview: Ines Wallrodt

Protestforscher Jannis Grimm über die Blockaden der Letzten Generation und wie sie mehr Klimaschutz voran bringen

Ziviler Ungehorsam gehört zum festen Repertoire von sozialen Bewegungen. Warum diese Aufregung um die Letzte Generation?

Die Symbolik von zivilem Ungehorsam wurde in den letzten Jahrzehnten vor allem dann verstanden, wenn sich Ort und Adressaten der Aktion mit der zugewiesenen Verantwortlichkeit für die angesprochenen Missstände deckten. Im Hambacher Forst oder in Lützerath traf der Protest fossile Energiekonzerne, also diejenigen, die einfacher für den Klimawandel verantwortlich gemacht werden können. Die Straßenblockaden finden dagegen in unserem Alltag statt, viele Leute identifizieren sich mit den Autofahrern, die davon betroffen sind, viele stehen vielleicht selbst sogar abstrakt hinter einer progressiveren Klimapolitik und meinen daher, es trifft die Falschen.

Ist da nicht etwas dran?

Das lässt sich natürlich nicht leicht wegwischen. Andererseits treffen Klimawandel und die Folgen auch die Falschen. Auch da sind Verantwortung und Schaden ungleich verteilt. Aber die Auseinandersetzung findet nicht nur auf einer rationalen Ebene statt. Vielmehr spielt das Phänomen von »Not in my backyard« eine Rolle: Abstrakt ist man schnell dabei, seine Solidarität auszudrücken, also etwa für mehr Klimaschutz zu sein. Wenn es aber konkret wird, dann möchte keiner das Windrad vor der Haustür stehen haben, niemand wegen Blockaden im Stau stehen

Oder will man einfach nur nicht ständig an das ungelöste Problem erinnert werden?

Das ist ein weiterer Aspekt. Die Aktionen erzeugen eine kognitive Dissonanz. Die Mehrheitsgesellschaft ist sich durchaus dessen bewusst, dass an dem Vorwurf der Letzten Generation etwas dran ist, es werde nicht genug unternommen gegen den Klimawandel. Weil man aber individuell nur wenige Handlungsmöglichkeiten sieht und weil das Ausmaß der Krise so unvorstellbar ist, liegt es nahe, das zu verdrängen. Wenn man dann permanent mit dem Thema konfrontiert wird, macht das aggressiv.

Ist die Kritik also richtig, die Straßenblockaden erreichen keine Mehrheiten und sind daher kontraproduktiv für das Ziel, mehr Klimaschutz durchzusetzen?

Das würde ich gar nicht sagen. Es ist die falsche Aktionsform, wenn man die Mehrheitsgesellschaft erreichen will. Aber das ist gar nicht unbedingt intendiert.

Massenkompatibilität und Sympathiepunkte sind kein guter Gradmesser für Aktionen des zivilen Ungehorsams. Selbst die weithin als idealtypisch für zivilen Ungehorsam zitierte Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten war zu keinem Zeitpunkt von der Mehrheitsgesellschaft getragen, auch nicht der friedliche Teil um Martin Luther King. Die Aktionen der Letzten Generation sind darauf angelegt, zu stören und zu nerven, massive Konfrontationen und Irritation zu erzeugen. Ziviler Ungehorsam kann nicht funktionieren, wenn er nicht weh tut. Das gilt auch für Massenproteste oder Streiks. Die Letzte Generation schafft es mit ihren Aktionen, dass wir nicht einfach zum nächsten Thema übergehen.

Können Aktionen erfolgreich sein, wenn sie keine Mehrheiten erreichen?

Man muss das arbeitsteilig sehen. Es klebt sich ja nicht der überwiegende Teil der Klimabewegung auf der Straße fest oder wirft Kartoffelbrei auf Bilder. Die Mehrheit ist weit weniger konfrontativ, ist Mitglied beim Nabu, bei den Grünen oder Fridays for Future. Diese können die Aufmerksamkeit nutzen, die die Aktionen der Letzten Generationen seit Monaten erzeugen, und Lösungen anbieten. Denn die Ablehnung in der Bevölkerung gegenüber den Aktionen der Letzten Generation schlägt nicht automatisch in die Ablehnung von mehr Klimaschutz um.

Wer in der derzeitigen Debatte meint, mehr Klimaschutz ist wichtig, aber nicht auf diesem Wege, der kommt als nächstes zu der Frage: Wenn nicht so, wie dann? Und in diesem Moment braucht es ein Angebot von den anderen Akteur\*innen.

Die distanzieren sich aber von den Aktionen. Üblicherweise gilt es als Stärke von Bewegungen, wenn sie verschiedene Spektren und Aktionsformen vereint.

Zum einen finde ich die Distanzierungen gar nicht so stark. Es gibt in jeder Organisation ja eine Vielfalt von Stimmen. Außerdem kann das Agieren von als »radikal« wahrgenommenen Teilen einer Bewegung die moderaten in einem umso besseren Licht dastehen lassen. Dafür muss die Bevölkerung zwischen den verschiedenen Akteur\*innen und ihren Profilen unterscheiden können. Deshalb ist eine gewisse Distanz sogar zielführend. Natürlich nicht in Form von Kriminalisierung, aber eine uneingeschränkte Solidarisierung ist auch nicht hilfreich.

Die Letzte Generation wurde verglichen mit der RAF, den Taliban...

... das ist vollkommener Unsinn. Mich erschreckt die Vehemenz, mit der diese Gruppe als Sicherheitsrisiko dargestellt wird sehr. Zum einen ist der Vorwurf der Radikalisierung historisch fragwürdig: Die Auseinandersetzungen der Umweltbewegung in Wackersdorf oder Brokdorf bedeuteten seinerzeit ein ganz anders Level von Gewalt – auf beiden Seiten. Dem gegenüber ist das heute alles sehr moderat. Zum anderen agiert die Letzte Generation durchweg gewaltfrei und alles andere als antidemokratisch. Sie ist weder verummmt, noch leistet sie Widerstand beim Wegtragen. Die Aktivist\*innen stellen sich offen den folgenden Gerichtsverfahren. Und sie bilden sich nicht ein, als Einzige angemessenen Lösungen für die Klimakrise zu haben. Egal, was man von ihrem Vorschlag eines Gesellschaftsrats hält, er ist letztlich Ausdruck des demokratischen Selbstverständnisses der Bewegung: Die Lösung des gravierenden Missstands, auf den sie aufmerksam macht, soll die demokratische Gesellschaft finden, nicht eine kleine Avantgarde.

Übergriffe von wütenden Autofahrern auf die Aktivisten nehmen zu. Wird darauf angemessen reagiert?

Die Ablehnung könnte meines Erachtens deutlich breiter und proaktiver erfolgen. In diesem Zusammenhang mit dem Begriff der Notwehr zu spielen, ist mindestens riskant angesichts der bereits konfrontativen Stimmung. Gerade diejenigen, die auf das uneingeschränkte Gewaltmonopol von Justiz und Polizei pochen, sollten solche Übergriffe klar verurteilen. Indem man hier nicht gleichfalls die ganze Härte des Gesetzes fordert, wie man das gegen die Klimablockaden bei jeder Gelegenheit tut, unterminiert man den eigenen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit.

Was bedeutet die Auseinandersetzung über die Letzte Generation für unsere Gesellschaft?

Wir müssen uns bewusst sein: Wie wir mit solchen Aktionen umgehen, ist entscheidend dafür, wie unsere Gesellschaft sich im Hinblick auf Protest entwickelt. Die Frage, was wollen wir als demokratische Gesellschaft aushalten an Protest, wird gerade in solchen Momenten wie in Berlin neu ausgehandelt. Wir dürfen nicht vergessen: Ein Großteil der Aktionsformen, die wir heute als vollkommen unproblematisch ansehen, galt vor wenigen Jahrzehnten noch als vollkommen illegitim oder sogar illegal. Auch das Brokdorf-Urteil, Mutter aller Verfassungsentscheidungen für Versammlungsfreiheit in Deutschland, war das Ergebnis heftiger politischer Kämpfe.

DR. JANNIS GRIMM

Dr. Jannis Grimm leitet die Forschungsgruppe »Radical Spaces« am Zentrum für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung der Freien Universität Berlin und ist Vorstandsmitglied des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung.

\*<https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/proteste-von-klimaaktivisten-ob-sie-dem-anliegen-helfen>

### **Haben radikale Proteste einen Nutzen?**

03. November 2022

Deutschlandfunk-Nova-Moderator Till Haase im Gespräch mit dem Protestforscher Jannis Grimm von der FU Berlin

Sich selbst auf Autobahnen festkleben, Gebäude und Gemälde verschmutzen – wie zielführend sind die teilweise radikalen Aktionen mancher Klimaaktivisten? Antworten eines Protestforschers.

Till Haase: Herr Grimm, wir reden viel über die Proteste an sich und das, was da passiert. Aber eher weniger über die Ziele der Klimaschutz-Organisation Letzte Generation. Sind das zielführende Proteste?

Die grundlegende Frage ist, ob diese Proteste Sympathien erzeugen oder nicht. Die Aktionen sind darauf ausgerichtet zu destabilisieren. Sie sollen uns treffen und herausfordern und uns im Prinzip genau in diese Diskussion bringen: Was ist okay, was ist nicht okay für den Klimawandel? Was sind wir bereit aufzugeben und zu opfern?

Die Tatsache, dass wir schockiert sind und jetzt über diese Aktionen reden, ist ja ein Teil der Aktion. Insofern passen die Aktionen teilweise auch ganz gut in Museen oder Kultureinrichtungen, weil sie Performances sind.

Aber wir diskutieren doch nicht darüber, was angebracht wäre, um den Klimawandel zu bekämpfen, oder inwiefern wir uns einschränken müssten, sondern wir reden vor allem darüber, welche Protestformen in Ordnung sind.

Grundsätzlich liegt die Frage nach der Legitimität der Protestaktion im Auge des Betrachters. Zur Legalität: Da werden sich die Gerichte streiten. Zur Legitimität des zivilen Ungehorsams: Das ist letztlich eine politische und eine Standpunktfrage. Die Mittel, die gewählt werden, bestimmen zum großen Teil darüber, ob man den Protestierenden zuhört oder ob sie in einer Ecke mit Randalierern, mit Radikalen oder mit Gewaltbereiten gestellt werden.

Grundlegend ist es so: Damit ein Protest erfolgreich ist, muss er Menschen mitnehmen. In einer Anfangsphase von Protesten kann es durchaus auch ausreichend sein, sozusagen Agenda Setting zu betreiben und Themen durch spektakuläre Maßnahmen überhaupt erst ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Aber in einer späteren Phase muss das für weitere Koalitionsbildungsprozesse anknüpfungsfähig werden - und da bin ich aktuell eher noch etwas skeptisch.

Das heißt, es ist nicht besonders zielführend, was die Aktivisten machen?

Ich glaube, die Debatten werden da sehr gemischt geführt – wie sie auch insgesamt in der breiteren Klimabewegung geführt werden. Es gibt auch viel Ablehnung von den als moderater bezeichneten Teilen der Klimabewegung. Aber grundsätzlich kann man sagen, dass es einen gewissen Erfolg in der Hinsicht gibt, dass Aufmerksamkeit erzeugt wird und sich etwas abzeichnet, was in der Forschung als radikaler Flankeneffekt diskutiert wird. Nämlich, dass die Aktivist\*innen dieser Aktion selbst nicht unbedingt Sympathien und Zulauf erfahren. Sondern dass andere Akteure dadurch eher in den Rang von legitimen Gesprächspartnern gehievt werden, die es sonst gar nicht schaffen würden, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Das müssen Sie näher erläutern.

Im Prinzip ist es so: Von der Aufmerksamkeit, die generiert wird, können auch andere profitieren, die sich als professionellere Alternative profilieren können. Das setzt natürlich voraus, dass die Leute, die das wahrnehmen, die Menschen, die radikale Aktionen durchführen, unterscheiden können von der breiteren Umweltbewegung.

Die Forschung zeigt, dass der Einsatz radikalerer oder als radikal empfundener Taktiken gemäßigte Fraktionen als weniger radikal erscheinen lässt - insbesondere bei Leuten, die bisher gar nichts mit Themen wie Klimawandel zu tun hatten. Die werden wachgerüttelt, wenn man so will. Wir gehen einen Schritt auf Akteure zu, die für uns überhaupt als Gesprächspartner infrage kommen.

Das Gefühl, Herr Grimm, ist doch gerade eher, dass die Leute nicht wachgerüttelt werden, sondern, dass sie maximal genervt sind. Als Protestbewegung versucht man doch eigentlich, Leute für sich zu gewinnen. Und sie nicht von sich wegzustoßen.

Das mag sein, aber die Ablehnung von den Taktiken und die Ablehnung dieser Gruppen muss nicht einhergehen mit der Ablehnung der Ziele an sich. Also ich wage zu bezweifeln, dass Leuten, denen das Klima am Herzen liegt, ihr Interesse an dem Thema verlieren, wenn sie radikale Protestaktionen wahrgenommen haben.

Beispielsweise Großbritannien, da gibt es Extinction-Rebellion-Aktion seit drei Jahren, zeigt, dass es über die drei Jahre massiven Zuwachs an der empfundenen Bedeutung für das Thema Klimawandel in der Öffentlichkeit gab. Kurzfristig ist man genervt und kurzfristig überwiegt die Ablehnung. Mittelfristig zeigt sich häufig, dass die Taktiken in Vergessenheit geraten und die abstrakteren Ziele irgendwo hängenbleiben und verfangen als etwas, das wichtig ist, womit man sich beschäftigen muss.

Das gilt auch für viele historische Bewegungen wie auch die Civil-Rights-Bewegung oder anderen in den USA, die zu dem Zeitpunkt sicherlich keine Mehrheit an Sympathien auf ihrer Seite hatten, es aber geschafft haben, Themen auf eine politische Agenda zu hieven jenseits des eigenen Sympathisantenspektrums.

03. November 2022

Moderation: Till Haase

Gesprächspartner: Jannis Grimm, Protestforscher an der FU Berlin

\*<https://www.n-tv.de/politik/Der-Rechtsbruch-ist-einkalkuliert-article23681001.html>

### **Experte zu Gemälde-Attacken: "Der Rechtsbruch ist einkalkuliert"**

28.10.2022

Gerade klassische Kunstwerke sind über Grenzen hinweg als Kulturgut akzeptiert, darum entzünden die jüngsten Attacken auf Gemälde so viel Zorn in der Gesellschaft.

Tomatensuppe klatscht auf ein durch Glas geschütztes van Gogh-Gemälde. Bei einem Kongress mit dem Bundeskanzler hat eine Klimaschutzgruppe falschen Feueralarm ausgelöst. In Christian Lindners Finanzministerium haben sich schon Aktivisten festgeklebt, ebenso auf viel befahrenen Straßen. Der Protestforscher Jannis Grimm lehrt an der Freien Universität Berlin und erklärt ntv.de, warum Klimaaktivisten stören wollen und ihre Aktionen schlauer sind, als viele glauben.

ntv.de: Gerade für ihre Museumsaktionen bekommen die Klimaaktivisten viel Schelte aus der Gesellschaft. Ist Ankleben beim Minister legitim, Suppe auf europäischem Kulturgut aber nicht?

Jannis Grimm: Zunächst einmal können Proteste nur dann Wirkung entfalten, wenn sie ein gewisses Störungspotential haben. Proteste, die in einem fest abgesteckten Rahmen stattfinden, sind kaum wirksam, es sei denn, sie mobilisieren große Massen. Was all diese Aktionen gemeinsam haben: Sie wirken sehr disruptiv, sie stören, irritieren, provozieren - in Zeiten, in denen sich die Öffentlichkeit an andere Formen des Klimaprotests schon fast gewöhnt hat, diese also kaum noch Aufmerksamkeit erzeugen.

Die Gemälde waren durch Glas geschützt, sind also nicht beschädigt worden. Trotzdem scheint man mit "Modder auf Meisterwerk" irgendeinen Nerv zu treffen.

Eine solche Attacke erzeugt tatsächlich enorm viel Aufmerksamkeit, weil gerade klassische Kunstwerke über politische Grenzen und gesellschaftliche Gräben hinweg als Kulturgut akzeptiert sind und anerkannt werden. Bei der Frage, wie weit Aktivist:innen da gehen, gibt es große Unterschiede: In Italien zum Beispiel kleben sich manche Protestierende an echten Meisterwerken wie die Laocoon-Statue fest, in London klebten sie sich lediglich an eine Kopie des Letzten Abendmahls von da Vinci. Auch der Grad der tatsächlichen Beschädigung der Objekte variiert. Die Bewertung, inwieweit eine solche Form des Protestes in unserer Gesellschaft legitim ist, lässt sich wissenschaftlich nicht vornehmen. Sie obliegt letztlich den Betrachtern. Und das ist auch die Krux dieser Aktionen.

Weil sie häufig vor allem Ärger in der Gesellschaft hervorrufen?

Sie werden von manchen als nicht mehr legitim aufgefasst, von anderen als ein überfälliger Schritt. Das macht diese Formen des Protestes so ambivalent.

Bei den Museumsattacken beklagen viele Menschen, die Kunstwerke hätten doch gar nichts mit dem Klimawandel zu tun. Sind Straßenblockaden dann sinnvoller?

Wenn ziviler Ungehorsam auf der Straße stattfindet, ist der Bezug zwischen Klima und Verbrennermotoren als Mitverursacher des Klimawandels sehr offenbar.

Bei Gemälden weniger, auch wenn es sich um Ölfarbe handelt.

Wer sich die betroffenen Bilder anschaut, den Monet etwa, versteht die Symbolik sofort. Diese gemalte Felderlandschaft, in einem Museum ausgestellt, ist in der Wirklichkeit massiv bedroht in Europa, durch Dürre und Hitze. Sie droht zu verschwinden. Das gilt ebenso für die Sonnenblumen von Vincent van Gogh, die in diesem Sommer in Frankreich durch die Dürre überall vertrocknet waren. Darüber hinaus werden Museen als Ort der Erziehung angenommen, die schöne Dinge bewahren, letztlich das Weltkulturerbe. So formulieren es auch einige Protestgruppen: Museen sollten nicht nur den Anspruch haben, Vergangenheit zu bewahren, sondern auch orientiert auf die Zukunft zu wirken.

Und wir als Gesellschaft sollten uns, nach Ansicht der Aktivisten, nicht an dem schönen Landschaftsmotiv erfreuen, wenn wir die echte Landschaft, die dafür Modell stand, sterben lassen?

Das ist die eine Ebene. Auf einer zweiten Ebene steckt in diesen Museumsaktionen häufig auch eine Kritik am Materialismus, an einer Gesellschaft, die Konsum oder Gegenstände - in diesem Fall Kunstwerke - ins Zentrum stellt, aber gleichzeitig auf der Ausbeutung der Umwelt gebaut ist. Aussage soll dann sein, dass diese Güter letztlich nichts mehr wert sein werden, wenn die Gesellschaft sich selbst zugrunde gerichtet hat.

Gilt das aber letztlich nicht für alle Güter, wenn man sie mit der Zerstörung des Planeten ins Verhältnis setzt? Die Zahl der von Hunger Bedrohten weltweit ist innerhalb von zwei Jahren von 27 auf 41 Millionen hochgeschneit. Was hat dagegen noch Bestand? Legitimiert eine derartige Bedrohung am Ende jede Protestform, bei der niemand körperlich zu Schaden kommt?

Der Zweck heiligt niemals alle Mittel. Umgekehrt bestimmen aber die Mittel und Taktiken zum großen Teil darüber, ob man Protestierenden zuhört und Forderungen ernst genommen werden. Ebenso bestimmen sie aber auch darüber, ob man sich mit Aktivist:innen an einen Tisch setzt oder sie in eine Ecke mit gewaltbereiten Radikalen stellt.

Was die Protestierenden da tun, ob mit Suppe oder Sekundenkleber, nennt sich "ziviler Ungehorsam". Was heißt das eigentlich?

Ziviler Ungehorsam definiert sich durch einen kalkulierten Rechtsbruch. Dieser Rechtsbruch ist sehr zentral, zugleich hält die Person fest an dem System, in dem dieses Recht stattfindet. Und sie verzichtet auf Gewalt gegen Personen.

Den radikalen Protestgruppen wird häufig vorgeworfen, ihre Aktionsformen seien antidemokratisch. Erst neulich hat das ein Richter in seiner Urteilsbegründung gegen einen Aktivist:innen gesagt. Ist ziviler Ungehorsam antidemokratisch? Oder gibt es Unterschiede - mal ja, mal nein?

Antidemokratisch - nein, denn die Protestler bejahen das System und fordern, dass die Lösungen von gewählten politischen Entscheidungsträger:innen geliefert werden. Es gibt keine generelle Abkehr von einem normativen demokratischen Ordnungsrahmen, sondern es gibt einen bewussten Rechtsbruch, um selbigen zum Handeln aufzufordern. Der kann gerichtlich verurteilt werden, der wird geahndet, und das ist mit einkalkuliert. Die Beurteilung anhand des Strafrechts nehmen die Protestierenden bewusst in Kauf.

Die Bewertung in der Gesellschaft scheint bislang deutlich gegen die Aktivist:innen zu laufen. Noch immer wissen nicht alle, dass die Gemälde hinter Glas geschützt waren. Schaden solche Aktionen dem Anliegen Klimaschutz mehr, als dass sie nützen?

Ein Argument der Aktivist:innen besagt, dass sich das Zeitfenster, in dem man den Klimawandel noch bekämpfen kann, schließt. Und wenn niemand jetzt Antworten liefert, dann müsse man einfach anfangen, ungemütlich zu werden. Man müsse Menschen im Zweifel auch vor den Kopf stoßen, um damit ein Thema auf die Agenda zu setzen, das sonst nicht ausreichend verhandelt wird.

"Vor den Kopf stoßen" - gutes Stichwort. Viele Reaktionen auf die Museumsattacken klingen so: Wir haben euch doch unterstützt, wir waren ja eigentlich für eure Ziele. Aber wenn ihr jetzt anfangt, unsere Werte zu zerstören, dann hört der Spaß auf.

Man kann diese Aktionen ablehnen und dennoch sagen, Klimawandel ist ein riesiges Problem, bloß ist das hier nicht der richtige Weg, um für Klimaschutz zu streiten. Ich bezweifle sehr, dass solche Menschen aufgrund radikaler Aktionen sagen, das Klima sei nicht mehr wichtig. Protagonist:innen dieser Aktionen stellen häufig die Frage, warum die mediale Entrüstung über eine symbolische Sachbeschädigung größer ist als die Entrüstung darüber, wie viele Opfer des Klimawandels schon jetzt so großes Leid erfahren.

Da wären wir wieder bei den 41 Millionen Hungernden und der Frage, welche Protestmittel sie legitim erscheinen lassen.

Ich glaube, dass die Bewertung dieser Aktionen noch nicht abschließend getan ist, dass bei vielen zwei Herzen in einer Brust schlagen - einerseits sind die Ziele sehr gut nachvollziehbar, andererseits sind die Methoden problematisch, weil Schutz von Kulturgut auch wichtig ist. **Den Widerspruch müssen solche Aktionen nicht unbedingt auflösen, aber er ist wahnsinnig produktiv, um Aufmerksamkeit zu erzeugen.**

Gibt es schon Erkenntnisse, ob auch die Motive verstanden werden?

Bislang gibt es kaum belastbare Daten zu dieser Frage, aber bezogen auf Blockade-Aktionen im Berliner Stadtverkehr gibt es zumindest eine Umfrage des "Tagesspiegel". 60 Prozent der Befragten können demnach den Protest nicht nachvollziehen, mehr als ein Drittel der Berliner:innen sehen ihn hingegen gar nicht so kritisch.

Kann es den Akteuren in dieser Hinsicht nützen, wenn sich die Gesellschaft ein bisschen an den Radau gewöhnt? Weil sie - nach der ersten Empörung - vielleicht beginnt, stärker auf die Motive der Jungen zu schauen?

Die Routine, mit der solche Proteste mittlerweile durchgeführt werden - in München, in Dresden, in Berlin - führt dazu, dass zum Beispiel Kommunalpolitiker:innen sich mittelfristig dazu verhalten müssen. Das bedeutet noch nicht, dass man sich mit den Urheber:innen an einen Tisch setzt und eine Lösung sucht. **Von der Öffentlichkeit, die durch Gruppen wie "Extinction Rebellion" oder "Letzte Generation" geschaffen wird, können aber gemäßigte Klimaschützer:innen profitieren.** Die profilieren sich dann als professionellere Alternative und werden als legitime Ansprechpartner:innen verstanden.

Das klingt wie eine Form von Arbeitsteilung.

**Die kann sich herausbilden, auch wenn das oft gar nicht intendiert war. Sie lässt sich aber bei sehr vielen Bewegungen weltweit feststellen. Die gemäßigten Akteur:innen nutzen eine Art "radikalen Flankierungseffekt". Gruppen wie "Extinction Rebellion" oder der "Letzten Generation" geht es nicht primär darum, Zuspruch für ihre Organisation zu bekommen. Sie wollen mit ihren Störaktionen den Klimawandel ganz stark auf die Agenda hieven in einer Zeit, in der er droht, von der Agenda zu verschwinden.**

Mit Jannis Grimm sprach Frauke Niemeyer

Jannis Julien Grimm leitet die Forschungsgruppe "Radikale Räume" am Zentrum für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung der Freien Universität Berlin.

\*<https://www.watson.de/nachhaltigkeit/analyse/569611140-geht-die-letzte-generation-zu-weit-deutliche-einschaetzung-zur-klimabewegung>

**Geht die Letzte Generation zu weit? Protestforscher ordnet Kritik an Klimabewegung ein**  
19.04.2023

Watson | Josephine Andreoli

Die Letzte Generation sorgt seit Wochen für Schlagzeilen. Die "Klima-Kleber", wie zahlreiche Medien die Aktivist:innen getauft haben, blockieren Straßen, bringen Autofahrer:innen und Politiker:innen gleichermaßen gegen sich auf.

Die Aktivist:innen treiben immer mehr Menschen zur Weißglut.

Am vergangenen Mittwoch schließlich erklärte erstmals auch Fridays-for-Future-Sprecherin Annika Rittmann Unmut über die Aktionen der Letzten Generation – trotz der eigentlichen Übereinstimmung darüber, dass dringend etwas gegen die Klimakrise unternommen werden müsse:

"Ich finde es allerdings nachvollziehbar, wenn Menschen die Aktionen der Letzten Generation kritisieren und die Protestform hinterfragen. Die Klimakrise braucht gesamtgesellschaftliche Lösungen und die finden und erstreiten wir nur gemeinsam – und nicht, indem wir Menschen im Alltag gegeneinander aufbringen."  
Doch genau das passiert derzeit, ist die Wahrnehmung vieler.

Die Hauptstadt soll lahmgelegt werden.

Berlin steht still. Das zumindest ist das Ziel der Aktivist:innen.

Die Proteste der Letzten Generation würden zu weit gehen.

Der große Verlierer: Die Klimakrise.

Oder etwa nicht?

Der Protestforscher Jannis Grimm von der Freien Universität Berlin sieht das anders. Man müsse zwischen dem Anspruch der Protestbewegung und dem Framing unterscheiden. "Berlin lahmzulegen" hätte Mobilisierungscharakter. Gegenüber watson sagt er:

"Man versucht dadurch, eine Erwartungshaltung aufzubauen und sich als Gesprächsthema in die Presse zu bringen und dadurch potenzielle Sympathisant\*innen dazu zu bringen, an solchen Aktionen teilzunehmen. Gleichzeitig will man ein gewisses Drohpotenzial aufbauen. Ob das dann tatsächlich gelingt, ist eine ganz andere Frage."

Selbst bei Massendemonstrationen mit Zehntausenden Menschen sei das nicht möglich. "Es wird vermutlich auch der Letzten Generation nicht gelingen, Berlin lahmzulegen. Nur punktuell – und das auch nur für einen sehr kurzen Zeitraum."

Das bedeute aber nicht, dass die Aktionen nicht trotzdem von Erfolg gekrönt sein können. "Es zählt ja auch zum Erfolg dazu, wenn man es schafft, sich weiter in der Debatte zu halten und den Druck konstant hochzuhalten."

Narrativ der gespaltenen Gesellschaft sollte nicht künstlich verstärkt werden

Und dass Proteste und Aktionen von Klimaaktivist:innen Einfluss auf die Wahrnehmung der Klimakrise in der Bevölkerung haben, hat erst kürzlich eine Studie nachgewiesen. Dafür untersuchten Forschende in Gebieten von Großbritannien, in denen Extinction Rebellion in den letzten Jahren aktiv war, ob die Sympathien der Bevölkerung vor Ort für eine

progressivere Klimapolitik zugenommen hatte. Die Antwort darauf war eindeutig: Ja. "Gleichzeitig gab es aber keine Zunahme der Sympathie für die Gruppe selbst", erklärt Grimm.

Die Studie verdeutlicht: Auch wenn die Menschen nicht mit gewissen Protestaktionen übereinstimmen, können diese dazu beitragen, die Wahrnehmung der Menschen zu verändern – und so eine progressivere Klimapolitik herbeiführen.

Grimm erklärt daher:

"Ich bin der Ansicht, man sollte das Narrativ von der gespaltenen Gesellschaft nicht künstlich verstärken. Denn dieses ist letztlich oft auch ein Kampfbegriff, der verwendet wird, um zivilgesellschaftlichen Gruppen und sozialen Bewegungen ihre Legitimität abzuspochen, nach dem Motto: Wer die Gesellschaft spaltet, der hat seinen moralischen Anspruch oder sogar sein Recht auf Protest verwirkt. Solche Narrative halte ich aus demokratiethoretischer Sicht für äußerst fragwürdig."

Doch wieso bleibt es bei dieser immergleichen Erzählung?

David gegen Goliath.

"Ich sehe keinerlei wissenschaftlich haltbare Indizien dafür, dass die Gesellschaft hinsichtlich des Klimaschutzes selbst gespalten ist", widerspricht Grimm. Im Gegenteil: Zahlreiche Studien zeigten, dass ein Großteil der Gesellschaft hinter einer progressiven Klimapolitik stehe.

"Jeder ist für Windkraft. Aber wenn es darum geht, das Windrad auf der Wiese hinter dem eigenen Haus aufzustellen, herrscht oft starke Ablehnung."

Trotzdem sehe Grimm deutliche Anzeichen dafür, dass die Gesellschaft uneins darüber ist, wie sie die Aktionen der Letzten Generation bewerten soll. Das aber sei nicht weiter ungewöhnlich. "Das gilt für sehr viele Gruppen, die provokant auftreten oder mit eher disruptiven Repertoires arbeiten und eher ungewöhnliche oder auch störende Taktiken anwenden. Auch damals während der Proteste gegen die Castortransporte war das beispielsweise so."

Für mehr Klimaschutz – aber nur, solange es nicht das eigene Leben betrifft

Stattdessen stellt Grimm ein Phänomen fest, das sich in nahezu allen Politikfeldern finden lässt: Menschen finden sich grundsätzlich besser mit abstrakteren Politik-Entscheidungen ab, als mit solchen, die ihre eigene Lebenswirklichkeit betreffen. Für diese Verhaltensweise gibt es sogar eine eigene Bezeichnung: "Nimby" – abgeleitet von dem englischen Akronym "Not in my backyard".

Einfach gesagt bedeutet das zum Beispiel: "Jeder ist für Windkraft. Aber wenn es darum geht, das Windrad auf der Wiese hinter dem eigenen Haus aufzustellen, dann herrscht oft starke Ablehnung."

Die Menschen sind also prinzipiell für mehr Klimaschutz, die Einschränkung fossiler Brennstoffe und das Senken des Fleischkonsums. Allerdings nur so lange, wie diese

Einschränkungen sie nicht persönlich treffen: Weil sie also plötzlich auf ihren Verbrenner verzichten sollen, die Energiepreise steigen und die Preise für Steak und Hühnchen ebenfalls.

Aktionen der Letzten Generation soll Menschen "wachrütteln"

"So lässt sich auch die Ablehnung gegen die Aktionen der Letzten Generation erklären – die Leute sehen sich plötzlich in ihrer unmittelbaren Lebenswirklichkeit, zum Beispiel als Autofahrer\*innen, betroffen und angegriffen." Doch genau diese Irritation wolle die Letzte Generation auch bei den Menschen hervorrufen, "weil sie die Leute ja sprichwörtlich 'wachrütteln' soll".

Und für diese Aktionen des zivilen Ungehorsams nehme die Gruppe explizit damit einhergehende Strafen in Kauf. Grimm erläutert das wie folgt:

"Die Aktivist\*innen entziehen sich ja nicht der Verfolgung, sondern akzeptieren ihre Strafen vor Gericht. Bei den Aktionen geht es also nicht um die Ablehnung des Systems, sie sind nicht anti-systemisch. Es geht darum, neue Impulse in das demokratische System zu tragen und zu sagen: 'Hey, diese Thematik wird nicht ausreichend behandelt und das muss sich ganz schnell ändern.'"

Doch anstatt dass über die Ziele der Aktivist:innen gesprochen werde, drehe sich die Debatte bei der Letzten Generation bis heute um Fragen rund um die Form der Proteste: Ist das zu radikal? Ist die Letzte Generation eine Klima-RAF? Sind sie wie die Taliban, weil sie Kunstwerke beschmieren?

"Es ging viel zu oft darum, was Protest eigentlich darf, anstatt darum, was die Menschen eigentlich dazu treibt, solch hohe persönliche Risiken auf sich zu nehmen und sich auf der Straße festzukleben", betont Grimm. Zumindest die Aktivist:innen dies nicht nur für ihr eigenes Wohl, sondern für die Allgemeinheit täten. Grimm ergänzt:

"Die Letzte Generation wurde sehr schnell als fatalistisch abgetan. Als eine Gruppe an Menschen, die keine Hoffnung mehr hat, als Verzweiflungstäter\*innen. Anstatt dass die Leute mal sehen, was für ein unglaublicher Mut und Optimismus darin steckt, etwas Neues zu versuchen, sich für Veränderung einzusetzen, nicht aufzugeben oder den Kopf in den Sand zu stecken."

\*[Audio] <https://www.deutschlandfunkkultur.de/strassenblockade-museumsprotest-letzte-generation-100.html>

### **Trotz lädierten Ansehens auf Erfolgskurs?**

11.11.2022

Straßenblockaden und Museumsproteste gehen zu weit, findet eine klare Mehrheit in Deutschland. Protestforscher Jannis Grimm erklärt, ohne Grenzübertretung wirkten Aktionen nicht. Auch wenn eine Gruppe Ansehen verliere, könne ihr Anliegen gewinnen.

\* <https://www.derstandard.de/consent/tcf/story/2000140987815/forscherin-sophia-hunger-protest-muss-nerven>

ZIVILER UNGEHORSAM

### **Forscherin Sophia Hunger: "Protest muss nerven"**

20. November 2022

Birgit Baumann

Vielleicht werde man den Klimaaktivisten eines Tages für ihre Aktionen dankbar sein, sagt die deutsche Protestforscherin Sophia Hunger. Doch sie warnt: Es dürfe keine Gewalt geben.  
Interview

Die Berliner Innensenatorin Iris Spranger (SPD) möchte die Aktivisten nach illegalen Protestaktionen nun länger als die bisher möglichen 48 Stunden festhalten. Dafür müsste aber erst das Gesetz im Abgeordnetenhaus geändert werden. Davon unbeeindruckt zeigt sich die Bewegung, sie will weiter protestieren.

STANDARD: Die Letzte Generation bewirft Gemälde mit Kartoffelbrei und Tomatensuppe, in Wien floss Öl über ein Bild von Gustav Klimt. War diese Entwicklung auch für Sie als Protestforscherin überraschend?

Hunger: Das hatte ich konkret so auch nicht erwartet. Aber man kennt symbolische Sachbeschädigung natürlich aus der Protestforschung, so etwas hat es in modernen Demokratien immer gegeben.

STANDARD: Können Sie diese Aktionen nachvollziehen?

Hunger: Die Aktivistinnen und Aktivisten wollen damit ja auf etwas hinweisen: Warum schützen wir Kulturschätze, aber nicht unsere Umwelt? Und wenn die Natur kaputtgeht, wird es auch keine Kulturschätze mehr geben. Das ist eigentlich ein smartes Narrativ.

STANDARD: Das sehen viele nicht so, zumal Lebensmittel im Spiel sind.

Hunger: Klar, sie könnten auch Farbe nehmen. Aber es geht auch um den Hinweis auf die Verschwendung von Lebensmitteln. Es ist schade, dass das in der Debatte kaum aufgegriffen wird.

STANDARD: Warum gibt es diese Proteste gerade jetzt?

Hunger: Sie finden einerseits rund um den Klimagipfel in Ägypten statt. Und es gibt in Deutschland eine gewisse Resignation. Zwar hat Fridays for Future Millionen Menschen zum Protest auf der Straße gehabt. Aber dann kamen Corona und der Ukraine-Krieg, die Mobilisierung wurde schwieriger. Und nach einem Jahr Ampelregierung hat sich kaum etwas getan beim Klimaschutz.

STANDARD: Angesichts der Aktionen der Letzten Generation gehen die Forderungen aber eher unter.

Hunger: Dabei sind die superzahn: Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen, Neun-Euro-Ticket für den Nahverkehr, ein Gesetz zum Retten von Essen. Das unterschreiben nicht nur viele Grüne, dahinter steht ein Großteil der Bevölkerung.

STANDARD: Aber läuft nicht etwas schief, wenn die Protestierenden vor allem Empörung ernten?

Hunger: Sie sind in einem Aktivistendilemma gefangen: Entweder man hat die Masse oder Protestformen, die für Aufmerksamkeit sorgen. Wenn man so konfrontativ ist, dann kann das entweder einen negativen oder einen positiven Effekt haben.

STANDARD: Was wäre der positive?

Hunger: Zwar wird die Letzte Generation als zu radikal angesehen. Aber man redet über den Protest, und dadurch bekommt die gemäßigtere Bewegung von Fridays for Future wieder mehr Aufmerksamkeit.

STANDARD: Im Moment dominiert aber die Aufregung über die Letzte Generation.

Hunger: Mich hat die Reaktion der Politik überrascht. Okay, dass die Union für härtere Strafen eintritt, war klar. Aber es gab auch Kritik aus der Ampelkoalition. Erstens gibt unser Strafrecht jetzt schon Möglichkeiten für Sanktionen her. Und viele Grüne haben sich früher auch an Schienen gekettet. Ziviler Ungehorsam war immer Teil eines gesunden Protests in Demokratien. Aber was legitim ist, wird oft erst retrospektiv entschieden.

STANDARD: Woran denken Sie da?

Hunger: Zum Beispiel an die Suffragetten, die sich in den USA und Großbritannien Anfang des 20. Jahrhunderts für das Frauenwahlrecht einsetzten. Sie zerstörten Schaufenster, was damals viele nicht gut fanden. Heute sind wir froh über ihr Engagement.

STANDARD: Eines Tages könnte man also der Letzten Generation auch dankbar sein?

Hunger: Das kann sein. Protest kann nicht immer nur brav sein, ziviler Ungehorsam muss nerven und braucht Aufmerksamkeit. Denken Sie an die afroamerikanische US-Bürgerrechtlerin Rosa Parks, die im Bus sitzen blieb und sich weigerte, für einen weißen Fahrgast den Platz zu räumen. Oder an Mahatma Gandhi mit dem Salzmarsch.

STANDARD: Dieser Protest war gewaltfrei. Wo liegt die Grenze?

Hunger: Das ist ganz klar, es darf keine Gewalt angewandt werden. In der Umweltbewegung gibt es ja auch radikalere Kräfte, die auch über eine Sabotage der Infrastruktur nachdenken. Das wäre ebenfalls nicht tolerierbar.

STANDARD: Die CSU in Bayern erinnert bereits an die Linksterroristen der Roten Armee Fraktion und warnt vor einer "Klima-RAF". Zu Recht?

Hunger: Das ist absoluter Unsinn. Die RAF hat Menschen umgebracht. Das kann man nun wirklich nicht vergleichen. Ich würde der Politik raten, lieber den Dialog mit der Letzten Generation zu suchen. Die ist ja gesprächsbereit. (Birgit Baumann, 20.11.2022)

## ROBIN CELIKATES

\*<https://www.tagesspiegel.de/kultur/der-philosoph-robin-celikates-uber-protestbewegungen-solche-aktionen-mussen-nicht-immer-rechtmassig-sein-531231.html>

### **Sind Gruppen wie Letzte Generation zu radikal?:**

„Protest muss nicht immer rechtmäßig sein“

07.07.2022

Von Moritz Hackl

Ein Gespräch mit dem Philosophen Robin Celikates über Autobahnblockaden, Klimademonstrationen und die Grenze zwischen zivilem Ungehorsam und illegalen Aktionen.

Herr Celikates, sich auf der Straße festzukleben, wie das die Gruppe „Letzte Generation“ wieder getan hat – ist das zu radikal?

Es kommt darauf an, in welchem Zusammenhang man das betrachtet. Sich für seine Überzeugungen auf die Straße zu setzen und festzukleben, ist vielleicht radikal im Vergleich zu dem, was die Menschen in Deutschland gewöhnt sind, was sie erwarten, was üblich ist in unserem politischen System. In einem größeren Kontext betrachtet aber sind die allermeisten Mittel, zu denen die Klimabewegungen greifen – das umfasst jetzt auch die sogenannten radikaleren Teile, also Ende Gelände und Aufstand der letzten Generation –, noch ziemlich gemäßigt.

Im Vergleich zu welchen Protesten?

Man muss die Klimaproteste nur politisch und historisch in einem größeren Kontext situieren und nicht den Skandalisierungsversuchen mancher Medien und politischen Parteien folgen. Sich auf einer Straße festzukleben, Hausfriedensbruch zu begehen, wenn man auf ein Unternehmensareal eindringt, sich irgendwo festzuketten, Straßen zu blockieren, das sind Mittel des Protests, zu denen soziale Bewegungen in allen möglichen Kontexten immer wieder gegriffen haben, auch in Demokratien, auch in Rechtsstaaten.

Haben Sie kein Verständnis für den Zorn der Autofahrer, die wegen Blockaden nicht pünktlich zur Arbeit kommen?

Ich halte die Autobahnblockaden im Berufsverkehr auch nicht für das beste Mittel. Aber nicht, weil sie zu radikal waren, sondern weil sie strategisch nicht gut durchdacht waren, so dass letztendlich die öffentliche Diskussion durch die Skandalisierungslogik geprägt werden konnte. Die Frage ist: Welches Mittel ist zielführend? Ich hatte durchaus Probleme mit dem Hungerstreik der „Letzten Generation“ im vergangenen Jahr. Der war zu radikal. Ein Hungerstreik wird normalerweise von politischen Gruppen angewendet, die sich in einer oft viel dramatischeren Situation befinden. Ohne die berechtigten Ängste und die Motivation der Gruppe „Letzte Generation“ herunterspielen zu wollen, muss man doch fragen, ob es wirklich ein adäquates Mittel ist, wenn es sonst vor allem von Menschen in politischer Gefangenschaft verwendet wird.

Sich festzukleben, den Verkehr zu stoppen ist nicht legal – aber ist es legitim?

Ziviler Ungehorsam ist per definitionem nicht legal. Es handelt sich ja um eine Art des Protests, die den absichtlichen Bruch eines Gesetzes und somit eine gewisse Radikalisierung mit einschließt, im Gegensatz zu rechtskonformen Formen des Protests wie angemeldete Demonstrationen. Ziviler Ungehorsam geht einen Schritt weiter, um zu zeigen, dass das Anliegen besonders dringlich ist und die Reaktion des politischen Systems oder der Mehrheitsgesellschaft auf die Forderungen der Bewegung inadäquat sind.

Dann sind konkrete Protestaktionen wie Autobahnblockaden also illegal?

Ja, das sind gezielte Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung. Aber sie sind deswegen noch nicht illegitim! Der Bundesjustizminister ist anscheinend nicht willens oder in der Lage, diese Unterscheidung zu treffen, wenn er etwa behauptet, Protest in der Demokratie müsse immer im Rahmen des Rechts stattfinden. Viele für unsere Demokratie wichtige Protestbewegungen haben den Rechtsbruch gezielt eingesetzt. Ohne sie hätten wir heute nicht die Demokratie, in der wir trotz aller Defizite zum Glück leben. Und ich halte dieses Spannungsverhältnis von Legalität und Legitimität noch heute für grundlegend für die Demokratie.

Also sollte man die Protestaktionen einfach durchwinken?

Zu sagen, Protest ist legitim, heißt nicht, dass er in jedem Einzelfall auch gerechtfertigt ist. Das hängt von vielen Kontextfaktoren ab. Aber dass Protest, auch illegaler Protest in einer Demokratie erstmal legitim ist, finde ich fundamental.

Klimabewegungen fordern „System change“ statt „Climate change“. Stoßen sie mit so einer Forderung nicht schon an die Grenzen von zivilem Ungehorsam?

Ziviler Ungehorsam wird manchmal etwas zu stark mit systemimmanentem Protest gleichgesetzt. Es wird behauptet, wir akzeptieren das System als Ganzes, und ziviler Ungehorsam drängt nur auf kleine Korrekturen oder Reformen hier und da. Dieses eine Gesetz ist falsch – aber die Gesamtordnung stimmt. Das trifft schon für viele der historischen Beispiele nicht ganz zu. Die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung steht für den Diskurs und die Praxis des zivilen Ungehorsams, war aber zugleich sehr radikal, gerade auch in ihrer Zielsetzung. Ihr ging es um deutlich mehr als eine kleine Änderung, es ging um einen grundlegenden Wandel der Gesellschaft. Deswegen kann man nicht einfach sagen: Die fordern einen Systemwandel, also ist es kein ziviler Ungehorsam, sondern revolutionär.

Wo ziehen Sie die Grenze zwischen zivilem Ungehorsam und Revolution?

Die Frage ist: Welche Werte sollen den Systemwandel anleiten, in welche Richtung soll das gehen? Wenn diese Prinzipien oder Werte schon in der bestehenden Ordnung verankert sind und lediglich über das hinausweisen, was im Prinzip anerkannt ist, dann ist die Bewegung nicht einfach revolutionär zu nennen. Die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung sagte zunächst nur: In der Verfassung stehen diese ganzen tollen Werte, von denen wir durch die sogenannte Rassentrennung aber systematisch ausgeschlossen sind. Um das Versprechen der Verfassung zu realisieren, brauchen wir eine radikal andere Gesellschaft. Das ist einerseits revolutionär – die Forderung nach einer radikal anderen Gesellschaft –, andererseits hatte die Gesellschaft die Werte bereits anerkannt, um die es der Bewegung ging.

Und die Klimabewegung?

Teilweise argumentieren die radikaleren Tendenzen der Klimabewegung ganz ähnlich. Die fordern echte Demokratie, echte Generationengerechtigkeit. Im Prinzip stehen diese Werte im Grundgesetz, etwa als Verantwortung für künftige Generationen. Aber den damit verbundenen Auftrag zu erfüllen, erfordert viel mehr, als heute akzeptiert wird. In diesem Sinne ist der Klimaprotest sowohl radikal, weil er auf eine Veränderung des Systems abzielt, als auch systemimmanent, weil er die unserem heutigen politischen System zugrundeliegenden Prinzipien in Anschlag bringt. Es sind diese Prinzipien, die nach einer radikalen Transformation verlangen. Außerdem streben große Teile der Klimabewegung ja auf eine Weise nach einem Systemwandel, die nicht total mit dem System bricht.

Also eine Umwälzung, die sich an den Grundwerten der Demokratie orientiert. Vor diesem Hintergrund ist interessant, dass die Gruppe „Ende Gelände“ in Berlin vom Verfassungsschutz beobachtet wurde. Offenbar bestand der Verdacht, dass die Bewegung die demokratische Grundordnung in Frage stellt. Der Kapitalismus ist nicht vom Grundgesetz geschützt, er gehört nicht zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das Grundgesetz lässt die Frage bewusst offen, wie genau die Wirtschaftsordnung aussieht. Das war ein wichtiger Punkt für die sogenannten Väter und Mütter des Grundgesetzes: Sie wollten das nicht vorentscheiden. Bestimmte Aspekte der kapitalistischen Marktwirtschaft sind natürlich in Grundrechten wie der Eigentumsgarantie oder der Berufsfreiheit angelegt, aber eine radikal andere Wirtschaftsordnung ist möglich, ohne den Boden des Grundgesetzes zu verlassen. Deshalb haben viele kritische Jurist:innen angezweifelt, ob die Beobachtung von Ende Gelände durch den Verfassungsschutz rechters ist. Auch radikale Kapitalismuskritik ist noch kein Schritt in die Verfassungsfeindlichkeit.

Sie kritisieren den Hungerstreik, sagen, die Autobahnblockaden waren strategisch nicht sinnvoll. Was wäre denn ein sinnvoller Protest?

Das kann man nicht abstrakt und auch nicht im Vorfeld sagen. Protestbewegungen müssen experimentell vorgehen, lernfähig bleiben und schnell darauf reagieren, wenn sich herausstellt, dass ein bestimmter Weg in die Sackgasse führt. Und sei es eine Sackgasse, in die man ohne eigenes Verschulden geraten ist, etwa weil Medien Druck aufbauen oder die Diskussion durch Skandalisierung verzerren. Da kann man noch so viele Fotos von Krankenwagen posten, die bei Sitzblockaden sofort durchgelassen werden – wenn erstmal die Geschichte in der Öffentlichkeit zirkuliert, dass ein Krankenwagen wegen der Autobahnblockaden nicht durchkam, kommt man dagegen kaum mehr an. Deswegen sollte man sich nicht zu sehr an die gewählten Mittel binden. Mittel sind Mittel. Wenn die nicht effektiv sind, muss man die Strategie anpassen. Nicht zurückstecken, sondern weiter experimentieren. Wichtig ist: Die Mittel müssen an den Zielen auch in dem Sinn ausgerichtet sein, dass sich die Ziele in den Mitteln widerspiegeln finden.

Haben Sie ein Beispiel?

Die Occupy Bewegung zum Beispiel hat versucht, bei den Besetzungen die Gesellschaft vorzuleben, die sie erreichen wollten. Durch eine andere interne Organisation der Bewegung wurde versucht, Marginalisierung entgegenzutreten, marginalisierten Gruppen gleichen Rederaum zu geben, und soziale Hierarchien und Machtverhältnisse nicht zu reproduzieren. Das wurde belächelt, als Revolutionsromantik abgetan. Aber ich finde es wichtig, dass soziale Bewegungen lernfähig bleiben und ihre Mittel in ein sinnvolles Verhältnis zu den Zielen setzen.

Klimakampf immer radikaler „Wer uns aufhalten will, muss uns wegsperren“

Was müsste passieren, damit die Öffentlichkeit und die Politik diese Proteste ernst nehmen statt sie mit Argumenten wegzuwischen wie dem, da kommt kein Krankenwagen mehr durch?

Man sollte festhalten, dass die Klimabewegung schon sehr viel erreicht hat. Fridays for Future und Extinction Rebellion haben es geschafft, den Diskurs über die Klimakatastrophe nachhaltig zu verändern. Ich glaube auch, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom letzten Jahr nicht in der Weise gefällt worden wäre, wenn es diese Bewegung nicht gegeben hätte. Was strategisch ebenfalls entscheidend war, gerade bei Fridays for Future: Es ist eine Bewegung, die nicht einfach in die radikale Ecke geschoben und von der Gesellschaft ignoriert werden konnte.

Wenn Fridays for Future schon so viel erreicht haben, warum braucht es dann die anderen Gruppen?

Für die Klimabewegung ist es sehr wichtig, dass es unterschiedliche Strömungen und auch Diversität bei Taktiken und Strategien gibt. Neben dem eher moderaten Strang, mit dem viele Menschen relativ einfach sympathisieren können, muss es auch weiterhin die eher radikalen Stränge geben, die anecken und sich nicht darum kümmern, ob sie auf Verständnis stoßen oder nicht, die auch mal die Konflikte zuspitzen. Es ist wichtig, dass Fridays for Future sich nicht ausspielen lässt gegen „Ende Gelände“, die mit ihren Protesttaktiken etwas weiter gehen.

Der Hungerstreik war eine sehr zielgerichtete Aktion. Da hieß es: Wir wollen mit Scholz sprechen, wir hungern, bis das Gespräch stattfindet. Die Straßenblockaden sind eher diffus in der Botschaft. Wie zielgerichtet sollte so ein Protest sein?

Auch das kann man nicht allgemein sagen. Wenn Sie eine Straße blockieren, dann verletzen Sie die Straßenverkehrsordnung, protestieren aber im Normalfall nicht gegen die Straßenverkehrsordnung. Deswegen muss es immer einen Vermittlungsschritt geben: Wir blockieren hier die Straße, wollen damit aber auf dieses oder jenes Problem aufmerksam machen. Bei den Autobahnblockaden war eines der Ziele, die Frage des Verbots des Containers auf die politische Agenda zu setzen. Das war vielleicht nicht besonders evident, viele Menschen haben nicht direkt verstanden, worum es geht. Man muss Aktionsformen finden, die direkter sind, die bei der Öffentlichkeit einen Erkenntniseffekt auslösen, der zum Umdenken zwingt.

Zur Person

Robin Celikates, 1977 geboren, ist Philosoph und Sozialwissenschaftler. Er arbeitet als Professor am Institut für Philosophie der FU Berlin und forscht seit über zehn Jahren zu Protestbewegungen.

MICHAEL NEUBER

\*<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/radikale-klimaproteste-letzte-generation-interview-michael-neuber-100.html>

**INTERVIEW MIT PROTESTFORSCHER "Klimabewegung wird neue Formen des zivilen Ungehorsams hervorbringen"**

24. Juli 2022

von MDR SACHSEN-ANHALT

In Sachsen-Anhalt drehten Aktivistinnen und Aktivisten der "Letzten Generation" Pipelines ab, in Berlin und Leipzig blockieren sie regelmäßig Straßen. Hier erklärt der Protestforscher Michael Neuber, wann solche Formen des Protestes legitim sind und was von der Klimabewegung in Zukunft zu erwarten ist.

MDR SACHSEN-ANHALT: Herr Neuber, wie sinnvoll sind Protestaktionen wie die der "Letzten Generation", die für mehr Klimaschutz kämpft und dafür öffentlichkeitswirksam Straßen und Pipelines blockiert, unter anderem in Sachsen-Anhalt?

Michael Neuber: So etwas kann sehr sinnvoll sein. Die Klimabewegung befindet sich gerade in einer Umorientierungsphase. Durch die Corona-Krise und den Krieg in der Ukraine ist die Aufmerksamkeit für die Klimakrise ein bisschen weggegangen, die Protestform der Schulstreiks ist weggefallen. In diese Lücke geht die "Letzte Generation" rein, in dem sie die Form des zivilen Ungehorsams wählt.

Diese Bewegung versucht, die politischen Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, und das braucht erstmal öffentliche Aufmerksamkeit. Die Aufmerksamkeit wiederum kriert eine öffentliche Debatte und im aus Sicht der Bewegung besten Fall führt das dann auch dazu, dass man politische Entscheidungen in ihrem Sinne trifft. Dieses Interview ist ja schon ein guter Beleg, dass es eine Debatte gibt. Man hat allerdings eine zweigeteilte Debatte: einerseits über das Thema an sich, andererseits über die Aktionsform. Da kommt es zu Konflikten.

Zur Person: Michael Neuber

Michael Neuber ist Soziologe und Protestforscher am Zentrum für Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin. Er forscht unter anderem zur kulturellen Praxis sozialer Bewegungen, wobei er sich insbesondere mit Umweltbewegungen und populistischer Mobilisierung befasst.

Erreicht man denn mit Blockaden tatsächlich einen politischen Wandel?

Man kann die Aktionen der "Letzten Generation" nicht isoliert betrachten. Man muss das im Kontext der anderen Protestaktionen sehen, etwa der Schulstreiks von Fridays for Future. Diese Großdemonstrationen hat man nicht jeden Tag, sondern nur in gewissen Abständen. Es geht für die Bewegung darum, das Thema konstant auf der Agenda zu behalten. Und letztendlich hat man es durch Aktionen wie die Straßen- und Pipelineblockaden geschafft, das Thema über Wasser zu halten, trotz der vielen anderen Krisen, denen wir uns derzeit ausgesetzt sehen.

Wird die Klimabewegung immer radikaler?

Radikal ist ein schwieriger Begriff. Wenn man sich die deutsche Tradition des Umweltprotestes ansieht, kann man klar nicht von einer Radikalisierung sprechen. Die Anti-Atomkraftbewegung hat zum Beispiel eine ganz ähnliche Strategie gefahren: Es gab Großdemonstrationen einerseits und zivilen Ungehorsam andererseits, und zwar in ganz ausgefeilter Art und Weise. Man hat die Aktionen zivilen Ungehorsams damals in den

demokratischen Diskurs eingebunden, das ist eine Art der politischen Ausdrucksform. Es gab zwar immer Stimmen, die gesagt haben, das ist nicht legitim, aber die waren immer im Hintertreffen. Jetzt kommt das wieder ein bisschen hoch.

Täuscht der Eindruck, oder ist es gerade "in", auf die Straße zu gehen?

Ob es in den vergangenen Jahren tatsächlich mehr Proteste gegeben hat, lässt sich aus wissenschaftlicher Sicht schwer sagen. Was man allerdings sagen kann, ist, dass es große gesellschaftliche Krisen gab. Angefangen von der Finanzkrise über den arabischen Frühling, Occupy Wallstreet, Pegida, Corona und natürlich die Klimaproteste. Da gibt es in der Gesellschaft verschiedene Positionen, die man gerne auf der Straße repräsentieren möchte. Das hat eine große Mobilisierungskraft. Weil diese großen gesellschaftlichen Krisen so prominent waren im öffentlichen Diskurs, gab es in den vergangenen Jahren mehr Massenmobilisierung.

Kritiker werfen der "Letzten Generation" vor, dass ihre Protestformen undemokratisch und erpresserisch seien. Wie schätzen Sie das ein?

Ich bin kein Jurist, aber mit Blick auf die Protesttradition in Deutschland sehe ich zivilen Ungehorsam keinesfalls als antidemokratische Aktionsform. Das kann man ganz klar sagen, gerade mit Blick auf die Anti-Atomkraftbewegung, wo ziviler Ungehorsam bereits genutzt und im öffentlichen Diskurs akzeptiert wurde. Entscheidend ist, dass es um friedlichen Protest geht, dass man sich zu erkennen gibt und für die Sache einsteht und dass der Verletzung von Gesetzen ein moralisch höher geordnetes Ziel zugrunde liegt.

Das heißt, ein sogenannter "Moral high ground" muss gegeben sein. Das ist jetzt gerade ein bisschen die Debatte. Manche Stimmen sagen, dass der "Moral high ground" bei der "Letzten Generation" nicht gegeben sei. Aber das hieße im Umkehrschluss, dass die Klimakrise nicht so dringend ist. Aus Sicht der Klimaprotestierenden und aus Sicht der Klimaforschenden passiert zu wenig, um die Klimakrise einzudämmen. Da muss man sich fragen, welche Protestform vor diesem Hintergrund legitim ist.

Wenn man die Klimawissenschaft zu Grunde legt, ist der "Moral high ground" auf jeden Fall gegeben. Denn dann ist das Gebot, unbedingt jetzt zu handeln. Das machen die Protestierenden der "Letzten Generation", und zwar in einer demokratischen Art und Weise, weil sie Aufmerksamkeit für das Problem erzeugen und die Gesetzesverstöße, die sie dabei begehen, friedlich passieren.

Was erwarten Sie für die Zukunft der Klimabewegung?

Es gibt bei Protestbewegungen üblicherweise Konjunkturen. Irgendwann ermüdet die mediale Aufmerksamkeit, etwa für Straßenblockaden. Deshalb ist zu erwarten, dass die Klimabewegung neue Formen des zivilen Ungehorsams hervorbringen wird. Da wird sicherlich noch einiges zu erwarten sein in Form von kreativen, friedlichen Protesten. Denn die Klimakrise ist nicht vorbei, und die Klimabewegung wird auch nicht so bald vorbei sein.

Die Fragen stellten Pauline Vestring und Lucas Riemer.

MDR (Lucas Riemer)

\* <https://taz.de/Letzte-Generation/!5923714/>

### **Letzte Generation: Erfolg statt Erpressung**

21.3.2023

BERLIN taz | Tom Burggraf

Wo steht die Letzte Generation nach über einem Jahr Straßenblockaden? Ein Protestforscher sieht einen Erfolg in den Vereinbarungen mit den Kommunen.

Die Letzte Generation reagierte am Dienstag mit einem weiteren Brief an die Kommunen auf den Vorwurf der Erpressung. Sie entschuldigte sich, dass ihr erster Brief als erpresserisch interpretiert werden konnte. „Das war nie unsere Absicht“, schreiben die Aktivist:innen. In einem Statement betonten sie gleichzeitig: „Niemand kann erpresst werden, die eigenen Gesetze einzuhalten.“

Zuletzt hat die Gruppe für Aufregung gesorgt, als sie Kommunen mit einer „maximalen Störung“ drohte, wenn diese nicht auf ihre Forderungen eingehen würden. Daraufhin teilte zum Beispiel der Leipziger Oberbürgermeister mit: „Eine Lösung findet sich im Für und Wider der Argumente, niemals dadurch, dass eine Seite die andere erpresst.“ Andere Kommunen hingegen gingen auf die Briefe der Letzten Generation ein und setzten sich mit den Aktivist:innen an den Tisch. Inzwischen unterstützen die Bürgermeister:innen von Lüneburg, Greifswald, Tübingen, Hannover und Marburg die Forderungen der Gruppe. Mit vielen weiteren liefen Gespräche.

Der Protestforscher Michael Neuber von der TU Berlin wertet die Unterstützung als Erfolg, zumindest symbolisch. „Das Ziel der Gruppe ist ja der Austausch mit der ganzen Bevölkerung, dazu gehören auch die politischen Eliten“, sagt Neuber. Jedes Gespräch erfülle ein Teilziel der Gruppe. Bisher sei sie auf der Straße gewesen, jetzt unterhalte sie sich mit politischen Entscheidungsträger:innen. „Die Kommunikation wurde damit auf ein anderes Level gehoben“, sagt Neuber. Nach Ansicht anderer Kommentator:innen hätte sich die Gruppe hingegen durch die Briefe nach Berlin billig stummschalten lassen.

So oder so scheint der jüngste Plan der Aktivist:innen aufgegangen zu sein. Im Januar kündigte die Gruppe anlässlich des Jahrestages der ersten Straßenblockade an, den Protest auszuweiten und „an so vielen Stellen wie möglich“ den Alltag zu unterbrechen. Seitdem werden nicht mehr nur in Großstädten Straßen blockiert. In den letzten Monaten klebten sich Aktivist:innen auch in Bielefeld, Heidelberg, Aalen, Oldenburg und vielen weiteren Städten fest.

#### Aufmerksamkeit trotz Polykrise

Mit ihren Aktionen habe es die Letzte Generation innerhalb eines Jahres geschafft, sich zu einem wichtigen Teil der Klima-bewegung zu entwickeln. Sie sei „unignorierbar“ geworden, wie die Gruppe selbst bilanziert. **Durch zivilen Ungehorsam habe die Gruppe selbst „in der Polykrisensituation, in der wir uns durch Coronapandemie, Ukrainekrieg und Klimawandel gerade befinden, die Aufmerksamkeit auf die Klimakrise gelenkt“, so Neuber.**

Die Rahmenbedingungen seien gerade zudem günstig. Vergangene Woche zeigten die Emissionszahlen für das Jahr 2022, dass die Bundesregierung im Verkehrs- und Gebäudesektor wieder gegen ihre Ziele verstoßen hat. Diese Woche wurde ein neuer Bericht des Weltklimarats IPCC veröffentlicht, der alarmierend ausfällt. „Auf den Diskurs kann die Letzte Generation aufbauen“, sagt Neuber.

#### SIMON TEUNE

\*[https://rp-online.de/panorama/wissen/klima/letzte-generation-aktionen-fuer-protestforscher-verstaendlich\\_aid-79646683](https://rp-online.de/panorama/wissen/klima/letzte-generation-aktionen-fuer-protestforscher-verstaendlich_aid-79646683)

#### **Aktionen der „Letzten Generation“ für Protestforscher nachvollziehbar**

09.11.2022

Rheinische Post

Berlin · Die Klimaschutzgruppe „Letzte Generation“ hat mit ihren umstrittenen Aktionen für viel Aufmerksamkeit gesorgt. Die Protestformen seien nachvollziehbar, sagt ein Protestforscher dazu.

Der Berliner Protestforscher Simon Teune hält die umstrittenen Aktionen der Initiative „Letzte Generation“ für nachvollziehbar. „Nur die Störung führt dazu, dass geltende Regeln und Prioritäten in Frage gestellt werden“, sagte Teune in Berlin dem Evangelischen Pressedienst (epd). Das habe für die Frauenrechtsbewegung und die Anti-Atombewegung gegolten, „und das gilt auch heute für die Klimagerechtigkeitsbewegung“. Teune ist Protest- und Bewegungsforscher an der Freien Universität Berlin.

„Proteste stören, irritieren und zuweilen nerven sie auch“, betonte der Soziologe: „Es geht dabei nicht darum, allen zu gefallen, sondern den Finger in die Wunde zu legen.“ Dabei wirkten Proteste, die stören, „nicht für sich allein, sondern in Kombination mit Engagement an anderen Stellen, Aufklärungsarbeit, großen Demonstrationen, Vorschlägen von Alternativen“. Die Störung sei vor allem Ausdruck der Dringlichkeit von einer anderen Politik und einer anderen Haltung zur Klimakrise.

„Dass wir uns über angeklebte Aktivistinnen und Aktivistinnen aufregen, aber nicht über ein kollabierendes Weltklima, ist Teil der Botschaft der 'Letzten Generation'“, unterstrich der Protestforscher: „Wir bekommen gerade recht deutlich gespiegelt, wo wir als Gesellschaft im Umgang mit der Klimakrise stehen.“ Die „Letzte Generation“ werde gerade dafür geprägt, „dass wir nicht in der Lage sind, konsequent auf die Bedrohung der Klimakrise zu reagieren“.

Er könne sich gut vorstellen, „dass wir in ein paar Jahren den Kopf schütteln, wenn wir uns die Diskussionen heute ansehen“, sagte Teune. „Was uns an Konflikten bevorsteht, die durch Klimaveränderungen ausgelöst werden, wird die Debatte, wie weit Protest gehen darf, weit in den Schatten stellen“, betonte er. „Was gerade fehlt, ist eine Diskussion darüber, wie eine wirksame und gerechte Klimapolitik aussehen müsste und wer dafür handeln könnte und müsste“, fügte der Wissenschaftler hinzu.

\* <https://www.tagesspiegel.de/wissen/letzte-generation-protestforscher-zum-charakter-der-bewegung-9928997.html>

### **Letzte Generation: „Einordnung als Sekte ist befremdlich“**

08.06.2023

Von Lukas Philippi, epd

Simon Teune, Soziologe an der FU Berlin, analysiert Proteste. Dass die Letzte Generation durch Emotionen mobilisiere, findet er angesichts der Klimakrise nachvollziehbar. Im Interview ordnet er die Bewegung ein.

Herr Teune, Teile der Klimabewegung wie die „Letzte Generation“ sind schon mit einer quasireligiösen Endzeitsekte verglichen worden, die Apokalypseszenarien an die Wand malt. Teilen Sie diese Einschätzung?

Ich finde diese Einordnung befremdlich. Zentrale Definitionskriterien einer Sekte, religiöse Erlösungsvorstellungen und eine hohe Austrittsschranke, sehe ich bei der „Letzten Generation“ nicht. Eine apokalyptische Überhöhung der Klimakrise kann man der „Letzten Generation“ auch nur vorwerfen, wenn man den Stand der Wissenschaft nicht zur Kenntnis genommen hat.

Das heißt nicht, dass man die „Letzte Generation“ von Kritik aussparen muss. Sie ist über das A22-Netzwerk mit Roger Hallam (Anm. der Redaktion: Mitbegründer von Extinction Rebellion) verbunden, der die Zukunft in einer ungebremsten Klimakrise mit dem Holocaust verglichen hat. Und sie scheint davon auszugehen, dass sie mit den Straßenblockaden politische Entscheidungen erzwingen kann. Da bin ich skeptisch.

Mit der Industrialisierung entsteht im 18. Jahrhundert in Europa und den USA als Gegenbewegung ein neues philosophisches, auch romantisch aufgeladenes Welt- und Naturverständnis. Knüpft die „Letzte Generation“ an diese Gegenströmung zu Rationalismus und naturwissenschaftlichem Fortschritt an?

Auch diese Einordnung ist für mich schwer nachvollziehbar. Auch wenn naturwissenschaftliches Wissen in der öffentlichen Kommunikation der Gruppe weniger im Vordergrund steht als bei „Fridays for Future“, stehen auch viele Aktivistinnen und Aktivisten der „Letzten Generation“ voll im Stoff und sie geben dieses Wissen in Workshops weiter.

Ich sehe hier keinen neuen Irrationalismus, sondern eine stärkere Ansprache der Emotionen, die mit der Klimakrise verbunden sind. Dieser Ansatz lässt sich durchaus als Ergänzung des wissensbasierten Transformationsansatzes der „Fridays for Future“ verstehen.

Fördert die Klimabewegung eine Moralisierung der Politik und erschwert sie damit Lösungsansätze?

Im Moment verbreitet die Politik die Hoffnung, dass die Menschen in Deutschland möglichst lange an ihrem bisherigen Leben festhalten können, anstatt auf eine vorausschauende Klimapolitik zu setzen. Nur dadurch könnten aber die absehbar großen Schäden durch die Klimakrise für Menschen in anderen Regionen der Welt und in der – durchaus nahen – Zukunft, abgemildert werden. Diese Prioritäten sind zutiefst unmoralisch.

Sollte die „Letzte Generation“ Ihres Erachtens künftig Straßenblockaden unterlassen? Sollte sie „gefälliger“ agieren, um bei den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Anliegen zu werben?

Ich denke nicht, dass die Klimabewegung meinen Rat braucht. Die Straßenblockaden haben den zentralen Konflikt der Klimapolitik sichtbar gemacht. Abstrakt sind alle – bis auf die AfD – für den Klimaschutz. Aber gleichzeitig möchte man möglichst nichts damit zu tun haben. Die Politik lässt den Menschen diese Illusion und erklärt die Klimabewegung zum Problem.

Die Klimawissenschaft spricht eine klare Sprache: Die Weichen für ein Leben, das die Klimakrise nicht noch weiter zuspitzt, müssen jetzt gestellt werden. Sonst drohen Entwicklungen, die das Leben der Menschheit grundlegend bedrohen, die Konflikte verschärfen und Ökosysteme unwiederbringlich zerstören.

Womit wir wieder bei den apokalyptischen Vorstellungen wären. Dieser Realität stellt sich die Bundesregierung nicht. Und es gibt leider auch keine wissenschaftliche Erkenntnis darüber, welche Form von Protest geeignet ist, den Schalter umzulegen. Es ist nur relativ sicher, dass es nicht eine Protestform gibt, die der Königsweg ist.

Simon Teune, promovierter Soziologe und Dozent an der FU Berlin, arbeitet unter anderem zur Frage, wie Bewegungen in den Medien visuell und inhaltlich dargestellt werden. Mit 180 Kolleg:innen betreibt er ein selbstorganisiertes Forschungsinstitut, das aktuelle Proteste wissenschaftlich in den Blick nimmt.

\*<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2023/04/interview-berlin-klima-protest-letzte-generation-simon-teune-protestforscher.html>

**"In Berlin gab es schon Straßenproteste, die viel stärker eskaliert sind"**

29.04.23

rbb24

Bilder von festgeklebten Aktivist:innen auf Straßen gehören in diesen Tagen wieder zum Berliner Alltag - genau wie die Empörung darüber. Der Berliner Protestforscher Simon Teune erklärt im Interview, warum er die Aktionen für vergleichsweise mild hält.

rbb|24: Herr Teune, in dieser Woche hat es wieder fast täglich Straßenblockaden durch Aktivist:innen der "Letzten Generation" in Berlin gegeben. Wie beurteilen Sie diesen Protest?

Simon Teune: Viel bemerkenswerter als den Protest an sich finde ich die Reaktionen darauf. Ich finde erstaunlich, wie hasserfüllt die Menschen diesen Leuten begegnen, die sich da auf die Straße setzen. Aber auch wie schräg das teilweise eingeordnet wird, was da passiert. Es hat ja schon Vergleiche mit den Straßenkämpfen in der Weimarer Republik oder der politischen Gewalt der RAF gegeben. Das finde ich schon ziemlich absurd, wenn man sich anguckt, was real passiert: Nämlich, dass an ein paar Stellen für eine halbe bis zwei Stunden die Straße blockiert wird.

Aber es scheint ja schon ein Alleinstellungsmerkmal dieser Aktionen zu geben, sonst würden die Reaktionen nicht so ausfallen.

Der Plan, eine Straße zu blockieren, ist nicht ganz neu. Das hat es ja durch die Gruppe "Extinction Rebellion" schon vor einigen Jahren gegeben.

Das Besondere an diesen Straßenblockaden, die man dadurch verlängert, dass man sich festklebt, sind zwei Sachen. Das eine ist: Man braucht sehr wenige Leute, um das zu tun und erzielt einen enormen Effekt. Denn es werden viele Menschen für einen längeren Zeitraum aufgehalten. Zusätzlich spielt da die Medienberichterstattung eine Rolle, die angesichts der Zahl der handelnden Menschen überproportional ist.

Zweitens handelt es sich um eine Form des zivilen Ungehorsams, die es so in Deutschland noch nicht gegeben hat. Dass eben über einen längeren Zeitraum und nicht nur spontan an verschiedenen Stellen Straßen blockiert werden, um dadurch Druck auf die Regierung auszuüben. Der Unterschied zu anderen Aktionen ist hier, dass es nicht darum geht, einem konkreten Ziel zu schaden, also einem Betrieb, einer Institution, einer Militärbasis oder einem Atommüll-Transport, sondern indirekt über die Straßenblockade politischen Druck auszuüben.

Und hier zeigt sich offensichtlich auch ein Kommunikationsproblem dieser Protestform, denn es gibt keinen direkten Adressaten. Es ist auch nicht leicht vermittelbar, dass es beim auf die Straße kleben nicht nur um Verkehrspolitik geht, sondern um Klima-Politik allgemein.

Die aktuellen Klima-Proteste haben ein viel geringeres Niveau an Konfrontation als frühere Proteste. Der Unterschied ist, dass sich die Leute viel mehr angegriffen fühlen von dem, was da passiert.

Sind diese Blockaden denn eine besonders radikale Form des Protests - auch in Hinblick auf Proteste in der Vergangenheit?

Gerade wenn man das im Vergleich zu früheren Protesten sieht, sind die öffentliche Debatte und die Rede von Radikalisierung unangemessen. Radikal wird in der Regel mit zwei Bedeutungen benutzt. Zum einen auf die Inhalte bezogen - da würde ich sagen, ein Neun-Euro-Ticket und ein Tempolimit sind keine radikalen Forderungen. Außerdem kann sich Radikalität dadurch ausdrücken, dass Gewalt legitimiert wird und dann auch angewendet wird. Auch das findet nicht statt, es handelt sich um einen sich selbst beschränkenden, gewaltfreien Protest.

Und es ist, gerade wenn man das mit historischen Protesten ins Verhältnis setzt, und wenn man es mit der Schwere des Problems ins Verhältnis setzt - es geht ja um nichts weniger als die Bedrohung der menschlichen Zivilisation-, eine milde Form des Protests.

In Berlin gab es schon Straßenproteste, die viel stärker eskaliert sind. Etwa die ersten gewalttätigen Auseinandersetzungen der Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre und die darauf folgende Stadtguerilla oder die Kämpfe um besetzte Häuser in den 1980er und 1990er Jahren. In diese Reihe gehören auch die 1.-Mai-Demonstrationen, bei denen es regelmäßig zu Krawallen kam. Wenn man da die aktuellen Klima-Proteste sieht, haben die von der Form her ein viel geringeres Niveau an Konfrontation. Der Unterschied ist nur, dass sich die Leute viel mehr angegriffen fühlen von dem, was da passiert.

Wird das Bild des auf der Straße klebenden Aktivisten in die Protest-Geschichte eingehen?

Der aktuelle Protest steht schon in der Tradition des zivilen Ungehorsams. Da denke ich etwa an die Bürgerrechtsbewegung in den USA oder die Friedensbewegung in Deutschland. Aber er funktioniert eben anders: Bei der US-Bürgerrechtsbewegung haben die Leute gegen Gesetze verstoßen, die sie als Unrecht verstanden haben. Etwa, dass es getrennte Zonen für Schwarze und Weiße gab. Bei der Friedensbewegung ging es darum, den Betrieb von Militärbasen zu stören durch Blockaden. Und jetzt gibt es eben den Versuch, über die Straßenblockaden den gesamtgesellschaftlichen Klärungsbedarf bei der Klimakrise deutlich zu machen.

Für die Klebe-Blockaden gibt es kein direktes historisches Vorbild, wichtig ist, sie in den Zusammenhang einzuordnen. Es ist eine Protestform, die aus der Verzweiflung geboren ist, weil andere Formen nicht zu einer konsequenten Klimapolitik geführt haben. Es gab ja Massendemonstrationen, es gab eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, es gab Hungerstreiks, es gab Aktionen vor den Ministerien oder bei den wirtschaftlichen Akteuren, die für die Klimakrise mitverantwortlich sind. Das alles war nicht so wirksam oder hat nicht in dem Maße den Nerv getroffen.

Ich glaube aber auch, dass das eine spezifisch deutsche Konstellation ist, dass durch die Straßenblockaden so ein Furor ausgelöst wird. In anderen Ländern wie Bolivien oder Argentinien gehören Straßenblockaden zum normalen Handlungsrepertoire von sozialen Bewegungen. Hier ist das Auto zu einem Freiheitssymbol hochstilisiert worden. Das ist für Menschen, die ohne Auto unterwegs sind, befremdlich. Die Leute stehen gerade in Berlin jeden Tag im Stau, aber wenn ihnen jemand zurechenbar diesen Stau verursacht, dann ticken sie offensichtlich aus.

Und das werden sie wohl noch eine Weile tun, denn die "Letzte Generation" hat angekündigt, die Stadt unbefristet lahmzulegen. Was glauben Sie: Wie lange halten die Aktivisten durch?

Das ist schwer zu sagen. Die Vokabeln "unbefristet" und "lahmlegen" sollen ja vor allem eine Drohkulisse aufbauen. Es ist allerdings klar, dass das nicht unbefristet machbar ist. Das Kontingent der Menschen, die bereit sind, diese Form des Protests anzuwenden, ist überschaubar. Zudem sind die Kosten extrem hoch. Nicht nur, weil man da beschimpft wird, sondern weil man etwa auch einer möglichen Haftstrafe ohne Bewährung entgegenseht, wie wir gerade gesehen haben.

Ich kann mich auch an kein historisches Beispiel erinnern, wo es einen Protest auf diesem Konfliktniveau wirklich auf Dauer gegeben hat. Irgendwann sind die Ressourcen alle oder es gibt einen Etappensieg, mit dem man einen Protest beenden kann.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Mark Perdoni, rbb|24.

ZUR PERSON

Simon Teune, Protestforscher an der FU Berlin. (Quelle: Chris Grodotzki) Chris Grodotzki  
Simon Teune arbeitet als Soziologe an der Freien Universität Berlin im Sonderforschungsbereich Intervenierende Künste. Dort forscht er zur Wirkung von Aktionen zwischen Kunst und Protest. Er ist außerdem Vorstand des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) in Berlin.

\*<https://www.sonntagsblatt.de/artikel/epd/protestforscher-letzte-generation-keine-irrationale-bewegung>

### **Protestforscher: "Letzte Generation" keine irrationale Bewegung**

6.6.2023

Lukas Philippi

Berlin (epd). Der Berliner Protestforscher Simon Teune hält die Klimaaktivisten der "Letzten Generation" nicht für eine sektiererische Gruppe. Eine apokalyptische Überhöhung der Klimakrise könne man der "Letzten Generation" nur vorwerfen, "wenn man den Stand der Wissenschaft nicht zur Kenntnis genommen hat", sagte Teune in Berlin dem Evangelischen Pressedienst (epd). Leider gebe es keine wissenschaftliche Erkenntnis darüber, "welche Form von Protest geeignet ist, den Schalter umzulegen", sagte der Bewegungsforscher an der Freien Universität (FU) Berlin.

Die Straßenblockaden hätten den zentralen Konflikt der Klimapolitik sichtbar gemacht: "Abstrakt sind alle - bis auf die AfD - für den Klimaschutz. Aber gleichzeitig möchte man möglichst nichts damit zu tun haben", sagte Teune. Die Politik lasse den Menschen diese Illusion und erkläre die Klimabewegung zum Problem.

Laut dem Protestforscher ist die "Letzte Generation" auch nicht mit der im 18. Jahrhundert entstandenen Gegenbewegung zur Industrialisierung mit romantisch aufgeladenem Welt- und Naturverständnis vergleichbar. Zwar stehe naturwissenschaftliches Wissen in der öffentlichen Kommunikation der Gruppe weniger im Vordergrund als bei "Fridays for Future". Dennoch stünden viele Aktivistinnen der "Letzten Generation" "voll im Stoff und sie gäben dieses Wissen in Workshops weiter". Teune betonte: "Ich sehe hier keinen neuen Irrationalismus, sondern eine stärkere Ansprache der Emotionen, die mit der Klimakrise verbunden sind." Dieser Ansatz lasse sich als Ergänzung des wissensbasierten Transformationsansatzes von "Fridays for Future" verstehen.

Der Soziologe bezeichnete zugleich die Prioritätensetzung der Bundesregierung in der Klimapolitik als "zutiefst unmoralisch". Im Moment verbreite die Politik die Hoffnung, dass die Menschen in Deutschland möglichst lange an ihrem bisherigen Leben festhalten könnten, anstatt auf eine vorausschauende Klimapolitik zu setzen: "Nur dadurch könnten aber die absehbar großen Schäden durch die Klimakrise für Menschen in anderen Regionen der Welt und in der - durchaus nahen - Zukunft, abgemildert werden", sagte der Berliner Soziologe.

\*<https://taz.de/Soziologe-ueber-Letzte-Generation/!5894048/>

## Soziologe über Letzte Generation: „Protest muss nachvollziehbar sein“

14.11.2022

Sean-Elias Ansa

Um ihre Ziele zu erreichen, muss die Letzte Generation ihre Aktionsformen ändern, sagt der Protestforscher Simon Teune. Er schlägt ein Monitoring vor.

taz: Herr Teune, ist der Protest der Letzten Generation effektiv?

Simon Teune: Wenn Kosten und Ertrag in Bezug gesetzt werden, dann kann man für die Letzte Generation sagen, dass sie sehr effektiv sind. Sie erzeugen mit sehr wenig Personalaufwand große gesellschaftliche Reaktionen. Für die Erreichung spezifischer Ziele fällt die Bilanz anders aus. Die Letzte Generation baut einen eher abstrakten Handlungsdruck auf.

Können Sie das erklären?

Konkret bedeutet es, dass die Autobahnblockade nicht dazu führt, dass die FDP ihre Haltung zu Tempo 100 überdenkt. Es ist bei den allermeisten Protesten so, dass die Übersetzung in politische Entscheidungen indirekt stattfindet. Die Letzte Generation geht davon aus, dass es eine direkte Wirkung gibt. Da wäre ich skeptisch.

Man hat den Eindruck, dass nur die direkten Auswirkungen der Proteste besprochen werden. Besteht dabei nicht die Gefahr, dass der Fokus auf den Klimaschutz verloren geht?

Ja, die gesellschaftliche Debatte zu den Protesten ist ziemlich schräg. Wenn die Frage gestellt wird: „Wie weit darf Protest gehen?“, wird der zweite Teil: „Um was zu erreichen?“, gar nicht mehr gestellt. Angesichts der Tatsache, dass der Eskalationsgrad der Proteste überschaubar ist, ist das ein problematischer Umgang. Wir reden über Autofahrer:innen und besudelte Gemälde und nicht über die Frage, wie eine sinnvolle Klimapolitik aussehen könnte. Das ist nicht das Problem der Letzten Generation, sondern eher Ausdruck des gesellschaftlichen Umgangs mit der Klimakrise insgesamt.

Das heißt, dass die Letzte Generation wie ein Abbild der gesellschaftlichen Haltung zu verstehen ist?

Genau so würde ich das sehen. Man kann an der Diskussion über die Letzte Generation ablesen, wo wir im Kontext der Klimakrise stehen, was für uns die Prioritäten sind und was es für politische Angebote gibt. Das ist ziemlich ernüchternd.

Wie bewerten Sie den Vorstoß der Union, die Proteste mit Haftstrafen belegen zu wollen?

Bei solchen Vorstößen geht es darum, sich als jemand zu inszenieren, der sich kümmert. Real hat das erst mal keine Konsequenzen. Es gibt bereits in einigen Bundesländern durch die dortigen Polizeiaufgabengesetze eine Zuspitzung der Repression, die besonders Klimaaktivist\*innen zu spüren bekommen. Die dreizehn Wissenschaftler:innen, die sich in München bei BMW angeklebt haben, könnten bis zu 30 Tage ohne Richterspruch im Gefängnis landen.

Wo ist aus sozialwissenschaftlicher Sicht die Grenze der Zumutung von Protest?

Es gibt Forschung dazu, ab welchem Punkt die Menschen Protest nicht mehr als legitim ansehen. Und das ist ziemlich eindeutig Gewalt gegen Menschen. Ziviler Ungehorsam führt nicht dazu, dass sich die Menschen von einer Bewegung abwenden.

Distanziert sich die Letzte Generation von Gewalt?

Gewaltlosigkeit ist ein Grundsatz der Letzten Generation. Und auch da gibt es Lernprozesse. Zum Beispiel in Form von Rettungsgassen. Das ist etwas, das, soweit ich weiß, am Anfang noch nicht mitgedacht wurde.\*

Wie beurteilen Sie die Entwicklung des Protests der Gruppe?

Das Potenzial von zivilem Ungehorsam wurde zunächst nicht ausgeschöpft, weil es ungerichtet war. Am Anfang wurde die Autobahn blockiert, um auf Lebensmittelverschwendung hinzuweisen. Das war für viele Leute nicht nachvollziehbar. Diese Nachvollziehbarkeit ist allerdings eine Voraussetzung für effektiven zivilen Ungehorsam. Mittlerweile verbinden die Aktivist\*innen eine Autobahnblockade mit Forderungen an die Verkehrspolitik.

Wenn man gefährliche In-frastruktur blockiert, eine Militärbasis oder einen Atommülltransport, dann ist das unmittelbar nachvollziehbar. Die Autobahnblockaden verstehen immer noch nicht alle. Nach meiner Wahrnehmung besteht die aktuelle Strategie darin, verschiedene Protestformen auszuprobieren und zu gucken, was funktioniert. Das Ankleben an die Rahmen von Kunstwerken hat keine große Welle gemacht, der Kartoffelbrei auf dem Monet aber sehr wohl.

Hängt sich die Gesellschaft zu sehr daran auf, wie schlimm die „Kartoffelbrei-Attentate“ auf Kunstwerke in Museen sind? Oder beobachten Sie, dass die Letzte Generation auch eine gemeinsame Entwicklung fördert?

Ich hoffe doch sehr, dass das nicht das Ende der Fahnenstange ist. Man kann an der Berichterstattung über die Klimakrise sehen, dass die erste Phase der Klimabewegung, wo es darum ging, Bewusstsein für die akute Bedrohung und die Notwendigkeit von einer wirkungsvollen Klimapolitik zu schaffen, durchaus Niederschlag gefunden hat.

Ich fände ein Monitoring gut: Was sind geplante und mögliche Maßnahmen? Was spricht dafür, was spricht dagegen? Was ist der Effekt auf Emissionen durch spezifische Maßnahmen? Diese Fragen sollten nicht für einzelne Politikfelder, sondern übergreifend diskutiert werden.

VINCENT AUGUST

\* <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2023/05/interview-berlin-protestforscher-letzte-generation-klimaproteste.html>

## Protestforscher über "Letzte Generation": "Die Frage ist sicherlich, ob sich das Festkleben auf Dauer abnutzen wird"

Mi 24.05.23

rbb24

Fast täglich legen die Klima-Aktivisten der "Letzten Generation" den Verkehr auf Berlins Straßen lahm. Sie kleben sich mit den Händen an Straßen und Autos fest. Was ist von dieser Protestform zu halten? Fragen an den Soziologen Vincent August.

rbb24: Herr August, wie schätzen Sie die bisherigen Erfolge der "Letzten Generation" ein?

Vincent August: Grundsätzlich kann man sagen, dass die "Letzte Generation" sehr erfolgreich darin war, das Thema auf die Agenda zu heben. Die weiteren Erfolge muss man sich als ein System anschauen, wie die unterschiedlichen Protestgruppen zusammenarbeiten. Es gibt eine Art Flankeneffekt, das heißt die konfrontativeren Bewegungen spenden im Grunde dadurch, dass sie delegitimiert werden, eine Legitimation für die moderateren Bewegungen.

Die moderateren Teile der Bewegung, wie "Fridays for Future", profitieren davon, dass sie als die moderaten erscheinen, mit denen man kooperieren und zusammenarbeiten kann.

Das ist aber doch vermutlich nicht Sinn und Zweck der Aktion, dass man praktisch die anderen pusht, indem man selbst aktiv ist. Oder ist das auch ein Zweck?

Dazu müsste man die Bewegung selbst befragen, ob das ein Zweck ist. Grundsätzlich kann man sagen, dass die Klimabewegung heterogen ist, – "Fridays for Future" will Allianzen bilden und die "Letzte Generation" ist stärker konfrontativ –, aber in ihren Zielen sind sie doch relativ geeint. Insofern kann man von einer Spaltung noch nicht reden.

Andererseits fordert eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung eine konsequentere Klimapolitik. Aber die Aktionen der "Letzten Generation" werden überwiegend verurteilt. Laut einer "Spiegel"-Umfrage sagen fast 80 Prozent der Befragten, dass sie diese Aktionen ablehnt. Das kann doch nicht im Sinne der Bewegung sein?

Dazu muss man erst einmal gucken, was die Ziele beziehungsweise die Funktion von Protestbewegungen sind. Sie besteht nicht zwingend darin, Mehrheiten zu organisieren, sondern in der Regel ist das erste Ziel, das Thema auf die Agenda zu heben. Und damit sind sie relativ erfolgreich gewesen.

Der zweite Punkt ist, dass wir auch aus britischen Studien erste Hinweise darauf haben, dass selbst bei radikalen Aktionen, die abgelehnt werden, trotzdem das Klimabewusstsein und das Bewusstsein für die Probleme wächst.

Der dritte Punkt wäre, dass es diesen Flankeneffekt gibt - das zwar diese spezifische Protestform abgelehnt wird, dadurch aber gerade die moderateren Formen profitieren. Wenn man das zusammen sieht, ergibt sich ein komplexeres Bild. Die Frage ist sicherlich, ob sich diese Protestform - insbesondere das Festkleben - auf Dauer abnutzen wird. Das ist sicherlich eine der großen Herausforderungen für die "Letzte Generation".

Protestbewegungen bestehen nicht zwingend darin, Mehrheiten zu organisieren, sondern in der Regel ist es das Ziel, das Thema auf die Agenda zu heben.

Die Frage ist ja auch, wie die Justiz dagegen vorgehen könnte. In Berlin und Brandenburg wird geprüft, ob die "Letzte Generation" möglicherweise eine kriminelle Vereinigung ist. Wie bewerten Sie den Stand der Dinge? Ist das noch legitim, was da läuft?

Insgesamt ist die Bearbeitung durch die Justiz natürlich interessant zu beobachten, weil es keine eindeutige Antwort im Rechtsrahmen darauf gibt und die einzelnen Gerichte das auslegen und sich dort auch erst eine entsprechende Rechtsprechung ausbilden muss. Was die konkrete juristische Beurteilung angeht, müssten Sie einen Juristen fragen.

Grundsätzlich kann man sagen, dass die "Letzte Generation" zwar offensichtlich konfrontativer und in diesem Sinne radikaler ist als etwa "Fridays for Future", aber keine extrem radikale Bewegung in dem Sinne sind, wie man es von anderen Protestbewegungen durchaus kennt, wo Ermordung, Entführung und ähnliches zum Repertoire gehören. Davon sind wir im Moment doch weit entfernt.

Andererseits könnte man sagen, wenn andere auf die Idee kommen, diese Protestform auch zu wählen und sich festkleben, dann ist die Gesellschaft doch nicht mehr lebensfähig?

Ja, dabei muss man aber berücksichtigen, dass das mit relativ hohen Kosten verbunden ist für die Personen, die das machen, und mit relativ hohem Ressourcenaufwand. Insofern ist es etwas, was nicht jedem zur Verfügung steht und auch jeder nicht jeder gewillt ist, so etwas zu machen. Insofern ist die Angst, dass das jetzt jeder machen würde, überzogen in dem Sinne, dass wir eigentlich beobachten können, dass solche Protestformen mit enorm viel Commitment einhergehen müssen.

Man muss sehr stark an das Ziel gebunden sein. Das ist auch eine ganz interessante Verschiebung sozusagen von "Fridays for Future" zur "Letzten Generation". "Fridays for Future" hat erfolgreich Massenproteste organisiert. Das Problem von Massenprotesten ist aber, dass sie sehr selten auf Dauer auf dem gleichen Intensitätsniveau zu halten sind - eben weil es so viele Ressourcen kostet. Die "Letzte Generation" setzt hingegen auf sehr viel kleinere, homogenere Gruppen, wo das Commitment und die Ressourcen sehr viel stärker verfügbar sind, das also auch länger durchzuhalten ist.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview mit Vincent August führt Dietmar Ringel für rbb24 Inforadio.

Der Text ist eine redigierte Fassung. Das Gespräch können Sie auch oben im Audio-Player nachhören.

#### ZUR PERSON

Vincent August ist Soziologe und leitet an der Berliner Humboldt-Universität die Forschungsstelle ökologische Konflikte.

[weniger relevant aber evtl. auch interessant]

MATTHIAS QUENT

### Extremismusforscher warnt vor negativen Folgen der Razzien

25.05.2023

Spiegel

Das zuletzt harte Vorgehen des Staates gegen die »Letzte Generation« könnte Einzelne gegen ihn aufwiegeln, warnt der Extremismusforscher Matthias Quent. Auf eine Radikalisierung gebe es bisher aber noch keine Hinweise.

Die »Letzte Generation« zeigt sich nach den Durchsuchungen von Mittwoch erschüttert – und kündigt neue Proteste an. Und dabei könnte es nach Einschätzung von Experten nicht bleiben. Der Extremismusforscher Matthias Quent sieht die Gefahr, dass das Vorgehen der Ermittler gegen die Klimaschutzgruppe zu einer Radikalisierung führt.

Das Exempel, das statuiert werden sollte, könne »Abschreckungseffekte haben, die nach hinten losgehen«, sagte Quent der Nachrichtenagentur dpa. Es könnte dazu führen, dass sich Menschen, die sich für Klimaschutz einsetzen, vom Staat nicht unterstützt, sondern im Stich gelassen fühlen. »Das kann dazu führen, dass sich Einzelne radikalieren«, sagte Quent.

Polizei und Staatsanwaltschaft waren am Mittwoch mit einer bundesweiten Razzia gegen die Klimaschutzgruppe vorgegangen. Rund 170 Beamte durchsuchten 15 Wohnungen und Geschäftsräume in sieben Bundesländern, wie die Generalstaatsanwaltschaft München und das bayerische Landeskriminalamt mitteilten. Der Tatvorwurf lautet auf Bildung beziehungsweise Unterstützung einer kriminellen Vereinigung.

Ermittelt wird gegen sieben Beschuldigte, die zwischen 22 und 38 Jahre alt sind. Festnahmen gab es zunächst nicht. Die Aktivisten bestritten vehement, kriminell zu sein. Am Mittwochabend demonstrierten in Berlin Hunderte Menschen aus Solidarität mit der Gruppe. Für Donnerstag sind Protestmärsche unter anderem in Potsdam und München geplant.

»Bemerkenswert, wie ruhig die bleiben«

Hintergrund der Ermittlungen und Durchsuchungen sind nach Angaben der Staatsanwaltschaft zahlreiche Strafanzeigen. Die Gruppe macht regelmäßig mit Sitzblockaden und Aktionen in Museen auf die Folgen der Erderhitzung aufmerksam. Die Mitglieder kleben sich dabei häufig fest – an Straßen, Autos oder auch an Kunstwerken.

Forscher Quent sagte dennoch, er sehe bisher keine Hinweise auf eine Radikalisierung bei der »Letzten Generation«. »Im Gegenteil: Ich finde es bemerkenswert, wie ruhig die bleiben, auch wenn sie angegriffen werden.« Die Aktivisten machten stoisch das, was sie die ganze Zeit gemacht hätten. »Ich sehe im Sinne einer Radikalisierung hin zu extremeren Mitteln oder zu Gewalt oder zu der Ablehnung von Demokratie – also das, was wir unter Extremismus beschreiben – da sehe ich eigentlich keine Indikatoren.«

Die Strategie dieser Gruppe sei es nicht, durch Gewalt einen Schaden zu verursachen, sondern es gehe immer um den öffentlichen Effekt. Das Mittel der Aktivisten sei nicht die Beschädigung, sondern die Provokation und die Irritation. Quent verwies auch darauf, dass keine Steigerung der Aktionen erkennbar sei.

Die »Letzte Generation« habe bislang immer ausgezeichnet, dass die Aktivisten ihr Gesicht zeigten, dass sie reformistische Forderungen stellten und keine revolutionären. Es bestehe aber die Gefahr, »dass solche Dinge kippen, weil das letzte Vertrauen, das vielleicht noch in Demokratie und Rechtsstaat da ist, bei einigen verloren geht«, sagte Quent. Das habe man in der Forschung in sozialen Bewegungen in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gefunden.

Gysi warnt vor Eskalation durch die Justiz

Berlins neue Justizsenatorin Felor Badenberg nannte das Vorgehen der Gruppe »befremdlich«. »Wer trägt die Verantwortung, wenn da jemand zu spät ins Krankenhaus kommt?«, sagte die frühere Vizepräsidentin des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Sie kritisierte weiter: »Es gibt Menschen, die ihre Kinder nicht pünktlich von der Kita abholen können, nicht zu ihren pflegebedürftigen Eltern gelangen bis hin zu Geschäftsleuten, die Termine nicht wahrnehmen können, Flüge verpassen, finanzielle Einbußen haben.«

Natürlich sei es gut, dass sich junge Menschen für Politik interessieren, auf die Straße gingen und demonstrierten. »Was mich bei der ›Letzten Generation‹ irritiert, ist die gewählte Protestform. Ich finde es belastend, dass die Aktivisten andere Menschen mittels Gewalt – im juristischen Sinne – tagtäglich nötigen.«

Der Linkenpolitiker Gregor Gysi mahnte erneut einen engeren Austausch mit den Aktivisten an. Dem »Tagesspiegel« sagte er: »Die Eskalation durch die Justiz ist der falsche Weg.« Viele Aktionen gehen ihm demnach zu weit. Aber: »Wenn die Politik und die Justiz eskalieren, werden auch die jungen Leute eskalieren. Wo soll die Entwicklung hingehen?«

Gysi hatte Ende November in Berlin als Anwalt einen Aktivisten vor Gericht verteidigt, der sich bei Straßenblockaden in Berlin auf den Asphalt geklebt hatte.

@

<https://www.stern.de/gesellschaft/-letzte-generation---forscher-erklaert-den-protest-der-klimaaktivisten-32852384.html>

## Stellungnahmen u.Ä.

\*

<https://handeln-statt-kriminalisieren.com/>

### Handeln statt Kriminalisieren

Worum es uns geht

Wissenschaft hat den Auftrag, die eigene sachorientierte Expertise in den Dienst der Gesellschaft zu stellen. Das bedeutet immer dringlicher, Verantwortung für die (Über-)Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen zu übernehmen, die durch den menschengemachten Klimawandel massiv bedroht sind. Zurecht stemmen sich immer mehr Menschen gegen das verantwortungslose „Weiter-So“, das sich häufig hinter der Fassade wohlfeiler Klimaschutzabsichten verbirgt. Die Protestformen sind mannigfaltig. Manche gehen an die Grenze dessen, was für die Bevölkerung in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat erträglich erscheint. Sie sind unseres Erachtens jedoch Ausdruck eines letzten Mittels, um die zuständigen politischen Akteur:innen wie die Gesellschaft insgesamt zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung zu bewegen.

Als Wissenschaftler:innen möchten wir mit der untenstehenden Erklärung zur angemessenen Akzentsetzung mahnen und damit zur notwendigen Versachlichung der Debatte beitragen.

Handeln statt Kriminalisieren

Erklärung zur Unterstützung von Klimaaktivist:innen

Unterzeichnet von Wissenschaftler:innen aus dem deutschen Sprachraum

Wissenschaft steht in der öffentlichen Verantwortung: Sie hat sich mit ihrer Expertise zu gesellschaftspolitisch drängenden Fragen zu äußern und auch Handlungsempfehlungen zu formulieren. Das betrifft gerade auch den menschengemachten („anthropogenen“) Klimawandel mit seinen katastrophalen Folgen.

Aktuellen Studien zufolge deutet die derzeitige Entwicklung bei den Treibhausgasemissionen auf einen Temperaturanstieg von etwa 2,75° C bis zum Jahr 2100 (1) hin, wobei verstärkende Effekte durch das Überschreiten von Kippunkten noch nicht berücksichtigt sind. Vor diesem Hintergrund warnte der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) im März dieses Jahres erneut, dass sich das Zeitfenster für Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels schnell schließen wird (2). Schon seit vielen Jahren ist klar, dass die Erderwärmung unser aller Leben massiv bedrohen wird. Dabei werden die verheerenden Folgen des Klimawandels sehr ungleich und ungerecht verteilt sein: Zwischen Alt und Jung, Arm und Reich sowie zwischen den Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens. Aufs Ganze gesehen werden diejenigen, die den lebensstilassozierten Anstieg klimaschädlicher Gase am wenigsten verursacht haben, am stärksten betroffen sein. Das gilt umso mehr, wenn man künftige Generationen in den Blick nimmt.

Angesichts dieser wissenschaftlich fundierten Prognosen fordert etwa die „Letzte Generation“ – wie viele andere Gruppierungen und Einzelpersonen auch – ein rasches, zielgerichtetes und konkretes politisches Handeln im Einklang mit jenen Zielen, die sich die jeweiligen Regierungen in langen demokratischen und rechtsstaatlichen Prozessen selbst

gesetzt und auf die sie sich international verpflichtet haben (Pariser Klimaabkommen von 2015). Die Aktivist:innen formulieren dabei auch symbolische Einzelziele, deren Umsetzung als Zeichen für das ernsthafte Bemühen der politisch Verantwortlichen verstanden werden kann. Mitunter wählen sie „störende“, gleichwohl gewaltfreie Widerstandsformen, um auf diese Ziele aufmerksam zu machen. Entscheidend ist: Sie haben dabei weder die Intention, das Vertrauen in gesellschaftliche Strukturen generell zu erschüttern noch den Rechtsstaat infrage zu stellen.

Vielmehr werden einzelne Ordnungswidrigkeiten und punktuelle Rechtsverletzungen gesetzt, um den Rechtsstaat an die Einhaltung der von ihm eingegangenen Verpflichtungen zu erinnern. Die Aktivist:innen weisen auf schwerwiegende staatliche Versäumnisse und soziales Unrecht hin, agieren offen, wählen friedliche Protestformen, verfolgen keine eigennützigen Ziele und setzen ihre Aktivitäten nicht leichtfertig, sondern als letztes Mittel („ultima ratio“) ein, um auf einen dringenden politischen Handlungsbedarf aufmerksam zu machen. Daher ist ihr Protest als ziviler Ungehorsam zu werten, welcher als Bestandteil jeder reifen politischen Kultur nicht nur legitim, sondern – in gewissen Situationen – sogar notwendig ist (3). Da diese Menschen gewissenhaft handeln, es also als ihre unbedingte Verpflichtung verstehen, angesichts der drohenden Klimakatastrophe nicht untätig zu bleiben, ist anhaltender ziviler Ungehorsam nicht mit der Renitenz eines unbelehrbaren Wiederholungstäters zu vergleichen, sondern als prinzipiengeleitete Unbeugsamkeit und Unbestechlichkeit zu werten.

Ein Blick auf die Geschichte zeigt, dass Veränderungen, die wir im Nachhinein als wichtige Schritte hin zu einer gerechteren, friedvolleren und menschenwürdigeren Gesellschaft bewerten, aus derartigen Protestbewegungen hervorgegangen sind. Die Etablierung des Wahlrechts für Frauen, die Überwindung von Rassentrennung und Kolonialismus, die Bürgerrechtsbewegung in der DDR, die Samtene Revolution in der Tschechoslowakei, aber auch das Bewusstsein für die Erhaltung von Ökosystemen und den Artenschutz wurden erst möglich, nachdem ziviler Ungehorsam eine oft unreflektierte, aber hochproblematische Gesellschaftspraxis kreativ durchbrochen hatte.

Allen diesen Bewegungen war gemeinsam, dass sich die gesellschaftliche Empörung zunächst stärker gegen die Protestierenden als gegen das von ihnen bekämpfte Unrecht bzw. die von ihnen sichtbar gemachten Gefahren gerichtet hat. Das war und ist problematisch: Empörung kann das Potential für notwendige Veränderungen nur dann entfalten, wenn sie sich gegen die eigentlichen Probleme bzw. ihre Ursachen richtet, nicht aber gegen diejenigen, die auf diese Probleme aufmerksam machen. Allein der Fokus auf das eigentliche Thema kann einen konstruktiven Prozess in Gang setzen, in dem sich eine Gesellschaft ihrer Werte vergewissert und sich über das verständigt, was für sie schützenswert ist. Die Geschichte wichtiger gesellschaftlicher Entwicklungen, deren Notwendigkeit mindestens im Nachhinein kaum bezweifelt wird, zeigt, dass letztere erst dann gelungen sind, wenn die kritischen Stimmen nicht mehr pauschal marginalisiert, diffamiert oder gar kriminalisiert wurden.

Die Rolle der Medien ist es in diesem Kontext, gerade nicht auf Emotionalisierung, Dekontextualisierung und Verdrängung zu setzen, sondern auf der Sachebene die Dringlichkeit von effektiven Maßnahmen gegen die Klimakrise zu thematisieren. Anstatt die Klimaaktivist:innen als lächerlich, moralisch fragwürdig oder gefährlich darzustellen,

müsste vor allem über ihre Beweggründe berichtet werden. Nur so wird der Öffentlichkeit bewusst, dass viele der Klimaaktivist:innen große persönliche Nachteile in Kauf nehmen, um sich für das Allgemeinwohl, nämlich die Abwendung der Klimakatastrophe, einzusetzen. Bedauerlicherweise wird dies gegenwärtig viel zu wenig kommuniziert. Stattdessen eskalieren täglich Hass und Gewalt gegen Klimaaktivist:innen. Angesichts dieser Situation ist es die Aufgabe der Politiker:innen, schützend dieser gefährlichen Dynamik entgegenzusteuern und die vereinbarten Klimaschutzmaßnahmen konsequent umzusetzen anstatt die Aktivist:innen direkt oder indirekt zu diskreditieren oder sogar zu kriminalisieren.

Wir möchten mit unserer Erklärung keinesfalls die Polarisierung vorantreiben. Vielmehr wollen wir unsere Unterstützung für die Klimaaktivist:innen zum Ausdruck bringen, die durch ihren persönlichen Einsatz Symbole für die fehlgeleitete Klimapolitik und deren Diskussion sind. Wir wollen insbesondere ihre Forderung nach entschlossenem und raschem Handeln unterstreichen und davor warnen, Menschen an den Rand der Gesellschaft zu drängen, die sich unter großem persönlichem Einsatz für den Fortbestand genau dieser Gesellschaft und ihrer zentralen Werte einsetzen.

1/ <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-03/ipcc-bericht-klimawandel-weltklimarat-zukunft>

2/ Climate Change 2023: Synthesis Report of the IPCC Sixth Assessment Report (AR6). Siehe <https://www.ipcc.ch/report/ar6/syr>

3/ Habermas, Jürgen: Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik (1983). In: Ziviler Ungehorsam. Texte von Thoreau bis Occupy. Herausgegeben und eingeleitet von Andreas Braune. Stuttgart 2017, 209-228, 213.

Bereits unterzeichnet haben

Initiator:innen

Prof. Dr. Claudia Paganini, Medienethikerin, München

Prof. Dr. Johann Graf Lambsdorff, Volkswirt, Passau

Prof. Dr. Wilhelm Guggenberger, Theologe und Sozialethiker, Innsbruck

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Moraltheologe und Sozialethiker, Berlin

Prof. Dr. Malte Rehbein, Historiker, Passau

Dr. Christina West, Geographin, Philosophin und Transformationsforscherin, Darmstadt

Erstunterzeichner:innen

|  
|  
|

\* <https://www.aau.at/blog/ueber-50-kaerntner-wissenschaftlerinnen-unterstuetzen-die-anliegen-der-klimaproteste/>

**Über 50 Kärntner Wissenschaftler\*innen unterstützen die Anliegen der Klimaproteste**

6. Februar 2023

Mehr als 50 Kärntner Wissenschaftler\*innen unterstützen solidarisch die Anliegen der Klimaproteste in Österreich in einer namentlich unterzeichneten Stellungnahme.

Die Klimakrise nimmt dramatisch an Dringlichkeit zu. Der Nationalrat hat bereits am 26.09.2019 den Klimanotstand ausgerufen. Doch halten weder die österreichische Bundesnoch die Kärntner Landesregierung internationale Verpflichtungen zum Klimaschutz ein. Nicht einmal die eigenen Zielsetzungen zum Klimaschutz sind in Reichweite. Je länger wir warten, desto teurer und einschneidender werden die Maßnahmen sein. **Es gibt wesentlich wichtigere Debatten als jene, ob die Protestformen z. B. der „Letzten Generation“ gerechtfertigt sind. Statt jene zu kriminalisieren, die den ebenso unangenehmen wie wissenschaftlich korrekten Forderungen durch vielfältige, gewaltfreie Protestformen die dringend nötige Aufmerksamkeit verschaffen, muss das eigentliche Problem angegangen werden.** Die unterzeichnenden Wissenschaftler\*innen rufen deswegen insbesondere alle wahlwerbenden Parteien dazu auf, sich den Herausforderungen der Klimakrise zu stellen und konkrete Pläne vorzulegen, wie Kärnten auch in Zukunft noch lebenswert bleiben kann. Nicht die Proteste bedrohen uns alle, sondern das politische Versagen beim Klimaschutz!

Unterzeichner:innen (alphabetisch):

|  
|  
|

\* [https://www.oekonews.at/?mdoc\\_id=1179680](https://www.oekonews.at/?mdoc_id=1179680)

**Rund 60 Wissenschaftler:innen in Graz solidarisieren sich mit Sorgen der Aktivist:innen**

13.3.2023

oekonews.at

Klima-Wissenschaftler:innen zu Letzte Generation: "Klimasorgen sind mehr als berechtigt!"

In Graz haben Aktivist:innen der Letzten Generation heute früh durch eine Straßenblockade auf die dramatischen Klimafolgen hingewiesen, auf die unser Planet ohne deutlichen Klimaschutz zusteuert. Zahlreiche Wissenschaftler:innen waren vor Ort. Sie bringen damit zum Ausdruck, dass die Klimasorgen mehr als berechtigt sind. Bereits im März 2019 haben über 26.000 Wissenschaftler:innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz - davon rund 2000 aus Österreich - eine unmissverständliche und klare Stellungnahme unterschrieben: Die Sorgen der jungen Menschen sind berechtigt. Vier Jahre später ist die Klimakrise weiter gefährlich angewachsen und diese Sorgen ernst zu nehmen ist dringlicher denn je.

"In unseren wissenschaftlichen Studien sehen wir, wie zerstörerisch die Folgen für uns alle sein werden, wenn wir nicht umgehend für viel mehr Klimaschutz sorgen. Wir schließen daraus, dass ein volles Bewusstsein über diese Folgen bei einer breiten Mehrheit zu wohl wesentlich mehr Klimaschutz führen würde, als wir derzeit in Österreich beobachten können. Wir sehen es daher als unsere Verantwortung als Bürger:innen, auf diese Folgen hinzuweisen, und dies auch als Wissenschaftler:innen auf Einladung aller gesellschaftlichen Kräfte zu tun. Mit den Aktivist:innen der Letzten Generation sind wir dazu auch im

Austausch, wie nächste Schritte einer Umsetzung und gesellschaftlichen Entscheidung hin zu deutlich mehr Klimaschutz gelingen können. Klug gestaltet bringt Klimaschutz zudem mehr von vielem: von Gesundheit über Arbeitsplätze bis zu Lebensqualität.

Während die Protestform umstritten ist, zeigen Beispiele aus der Geschichte, dass ziviler Ungehorsam ein wesentlicher Katalysator sein kann für wichtige gesellschaftliche Änderungen, deren Resultate uns heute völlig normal erscheinen, wie etwa Frauenwahlrecht und Bürger:innenrechte.

Die Situation ist heute im Hinblick auf die Klimafolgen kritisch – gesellschaftliche Diskussion und gemeinsame Entscheidungen sind daher in unser aller ureigensten Interesse."

Univ.-Prof. Dr. Karl Steininger, Klimaökonom  
Assoz.-Prof. Dr. Thomas Brudermann, Nachhaltigkeitsforscher  
Univ.-Prof. Anke Strüver, PhD, Stadtgeographin

Mitunterzeichnet von:  
Universitätsprofessor:innen und Forschungsgruppenleiter:innen in Graz

|  
|  
|

## Weitere Links

#Hinter paywall

\*<https://www.sueddeutsche.de/politik/letzte-generation-klimaprotest-berlin-kleberhaftstrafen-1.5813560?reduced=true>

### **Letzte Generation: Mit der Wut der Verzweiflung**

21. April 2023

Christoph Koopmann

Dutzende Menschen riskieren für die "Letzte Generation" und ihren Klimaprotest Ausbildung, Arbeit, Freiheit. Gerade wieder zu besichtigen in Berlin. Was treibt sie an? Und wo soll das noch hinführen?

\*<https://www.zeit.de/campus/2023-05/klimaaktivismus-letzte-generation-razzia-radikalisierung>

### **DIE RADIKALISIERUNG DER GENERATION WEITERSO**

27. Mai 2023

Von Alisa Schellenberg

Ist jetzt der Punkt gekommen, an dem sich die Letzte Generation radikalisiert? Expert:innen sagen: Nicht die Bewegung wird extremer, sondern ihre konservativen Gegner.

\*<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/protest-der-letzten-generation-christian-volk-ueber-die-frage-wie-weit-protest-gehen-darf-a-5b5009e2-c6c3-4a83-8fa3-bc752e9439a4>

### **»Die Öffentlichkeit redet nur darüber, wie lästig diese Leute sind«**

22.09.2022

Der Spiegel | Nike Laurenz

Die Aktivisten der »Letzten Generation« drehen Pipelines ab und blockieren Straßen. Protestforscher Christian Volk über die Frage, wie weit man für den Klimaschutz gehen darf.

\*<https://www.stern.de/gesellschaft/-letzte-generation---forscher-erklaert-den-protest-der-klimaaktivisten-32852384.html>

### **Protestforscher: "Die Gruppe erzeugt nicht nur Aufmerksamkeit, sondern vor allem eine Reihe von Fragezeichen"**

Nico Schnurr

26.10.2022

Was hat Kartoffelbrei auf einem Monet-Gemälde mit Klimaaktivismus zu tun? Im Interview spricht Politikwissenschaftler Christian Volk über den Protest der "Letzten Generation" und erklärt, warum die Aktion im Potsdamer Museum illegal, aber nicht unbedingt illegitim war.

\*<https://www.morgenpost.de/berlin/article237079191/Protestforscher-Letzte-Generation-ist-an-einem-Scheideweg.html>

### **Protestforscher: Letzte Generation ist an einem Scheideweg**

6.12.2022

Philipp Siebert und Julian Würzer

Christian Volk, Principal Investigator at SCRIPTS and professor of political science at Humboldt-Universität zu Berlin, spoke with Philipp Siebert and Julian Würzer from the newspaper Berliner Morgenpost. Volk said, he does not think that the climate activists will get more radical and democracy has to endure acts of civil disobedience.

# eher negativ

<https://taz.de/Protestforscher-ueber-Letzte-Generation/!5929184/>

[https://www.zeit.de/green/2022-02/letzte-generation-klimaaktivismus-dieter-rucht?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fduckduckgo.com%2F](https://www.zeit.de/green/2022-02/letzte-generation-klimaaktivismus-dieter-rucht?utm_referrer=https%3A%2F%2Fduckduckgo.com%2F)

<https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/article239030361/Forscher-Letzte-Generation-tut-der-Klimabewegung-keinen-Gefallen.html>

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-05/letzte-generation-klima-gesellschaftsrat-klimapolitik-demokratie-klimaaktivisten>

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/fjsb-2023-0018/html>

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2023/februar/die-gratwanderung-der-letzten-generation>